

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie und Widerstand gegen Diktatur

Herausgeber: Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e. V.

März 2010/1

Das Überleben überleben

Jorge Semprún – Schriftsteller, Widerstandskämpfer, Gegner beider Totalitarismen

Von Martin Rooney

Schreiben ist für den spanischen Schriftsteller Jorge Semprún stets erinnern. Fast alle seine Romane und Filmdrehbücher, die er großenteils auf französisch schrieb, tragen unverkennbar autobiographische Züge. Zwei Obsessionen sind es, um die sie kreisen: das KZ Buchenwald überlebt und dem Stalinismus gedient zu haben. Das eine bleibt unerklärlich, das andere unverzeihlich. *Schreiben oder leben* – das ist eine Frage, die sich Semprún oft stellen musste. Viele Jahre ließ ihm sein aktives und gefahrenreiches Leben keine Zeit zum Schreiben: in der französischen Résistance, im Konzentrationslager Buchenwald, aber auch im spanischen Untergrund während der Franco-Diktatur. Manchmal musste er

schreiben, um leben zu können, als die Erinnerung an Buchenwald ihn zu sehr bedrängte, oder als er 1964 aus der Kommunistischen Partei
(Fortsetzung auf Seite 3)



Jorge Semprún

Foto: Google-Pictures



Shalom Shimon Peres

Jedes Jahr am 27. Januar begeht der Deutsche Bundestag in einer feierlichen Sondersitzung den Holocaust-Gedenktag.

Diesmal, am 65. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, erlebte die Welt, vor allem die Überlebenden des extremsten Ergebnisses totalitären Denkens, eine historische Sensation: Shimon Peres, der Staatspräsident Israels, reist nach Berlin, betritt das geschichtsbeladene Reichstagsgebäude und hält vor den Repräsentanten des deutschen Volkes eine Rede, die unter die Haut geht. Lesen oder hören Sie, verehrte Leserinnen und Leser, die Rede im Wortlaut unter: www.bwv-bayern.org

Hans-Jürgen Grasemann
**Erinnerungsarbeit als
Zukunftssicherung
der Demokratie**

Seite 7

Inhaltsverzeichnis

Martin Rooney Das Überleben überleben	Seite 1
Shalom Shimon Perez	Seite 1
Mehr Demokratie wagen, Herr Staatssekretär!	Seite 2
Impressum	Seite 2
Hans-Jürgen Grasemann Erinnerungsarbeit als Zukunftssicherung der Demokratie	Seite 7
Barbara Szkibik Macht das Tor auf	Seite 9
Gerald Wiemers Wolfgang Natonek	Seite 10
Ein Leben für Recht und Demokratie Zum Tod von Achim Beyer (1932 – 2009) Ein Nachruf von Hans-Jürgen Grasemann	Seite 12
Ernst Eichengrün Die Partisanen der DKP	Seite 14
Christel Jansen Harro Schulze-Boysen	Seite 16
Aus dem BWV-Bayern	
Max Mannheimer 90	Seite 17
Stefan Köppl Freiheit und Humanität Tagungsbericht	Seite 18
Bertold Kamm als Vorsitzender bestätigt	Seite 19
Neuerscheinung	Seite 20

Mehr Demokratie wagen, Herr Staatssekretär!

Krach um eine Tagung zur Lehrerfortbildung in Sachsen-Anhalt

Die Landeszentrale für politische Bildung von Sachsen-Anhalt ist vermutlich gerade dabei, einen großen Wurf zu landen. Höchst selten hat je ein Projekt politischer Bildung bereits im Vorfeld ein solches Echo gefunden. In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung plant die dortige Landeszentrale eine Lehrerfortbildungsveranstaltung mit dem Titel „Diktaturvergleich als Methode der Extremismusforschung. Hingucken: Sowohl nach rechts als auch nach links!“ Dass sich Organisationen wie „Die Linke“, VVN-BdA und GEW aufregen, weil sich ihr ideologisch aufgedonnertes Tarn- und Maskensystem wie „des Kaisers neue Kleider“ in nichts auflösen könnte, war erwartet worden. Dass aber der Innenstaatssekretär des Landes sich nicht nur gegen das Seminar ausspricht, sondern sogar Muskeln spielen lässt, die nicht seine eigenen, sondern von Amts wegen verliehene sind, bleibt einstweilen unerklärlich. Auch eine nur behauptete, aber hier nicht nachweisbare parteipolitische Auseinandersetzung zwischen CDU und SPD kann keine Erklärung sein. Die vorgesehene Referentenpalette ist parteipolitisch durchmischt und

erkennbar an der Fachkompetenz der ausgewählten Referenten orientiert. Die Kritik an Staatssekretär Erben kommt auch nicht nur aus einer Ecke, das Bemühen der Landes-CDU um Zurückhaltung ist sogar auffällig. Und falls es noch eines weiteren Hinweises bedarf, so kommt dieser vom Vorstand des Politologenverbandes Waldemar Ritter, ebenso wie Rüdiger Erben Mitglied der SPD. Ritter übt die schärfste aller bisher registrierten Kritiken an Erben. Er hält das vom Staatssekretär verhängte Teilnahmeverbot von Bediensteten des Landesinnenministeriums und sogar der Gedenkstättenstiftung am Seminar für verfassungswidrig. „Es ist ein durch nichts zu rechtfertigender Eingriff eines Staatsamtes in die Wissenschafts- und die Meinungsfreiheit (Art. 5 GG). ... Jeder Vergleich kann dazu beitragen, heutige Gefährdungen der Demokratie rechtzeitig zu erkennen und ihnen zu begegnen. Grundgesetzwidrige Verbote eines Innenstaatssekretärs, der Grundrechte nicht zu gewähren, sondern zu schützen hat, verhindern, dass wir aus der Geschichte wirklich lernen, also durch Einsicht und Annahme dieser Einsicht.“

Jürgen Maruhn

FREIHEIT UND RECHT

Vierteljahresschrift für streitbare Demokratie
und Widerstand gegen Diktatur

ISSN 05326605

Herausgeber: Dr. h.c. Annemarie Renger †
Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V., www.bwv-bayern.org
Vorsitzender: Bertold Kamm, Schlaunstraße 21, 90480 Nürnberg
Redaktion: Jürgen Maruhn, Tel. 089/1576813, E-Mail: juergen.maruhn@gmx.de
Druck: Verlag Nürnberger Presse Druckhaus Nürnberg.

Das Bezugsgeld ist bei den Mitgliedern des BWV-Bayern durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Mit dem Bezug unserer Vierteljahresschrift ist aber keine Mitgliedschaft im BWV-Bayern verbunden.

Alle Nachrichten werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Mit dem Namen des Verfassers gezeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 25. April 2010

Dank für 2009, Bitte für 2010

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Durststrecke ist länger als wir noch im Oktober 2009 erwarten konnten. Bei jeder Ausgabe unserer Vierteljahresschrift steht der BWV-Bayern jetzt vor der Frage: Einstellen oder Weitermachen. Ihre Spenden bilden die Existenzgrundlage der Vierteljahresschrift FREIHEIT UND RECHT auch im Jahre 2010.

Ab 20,00 EURO erhalten Sie automatisch eine vom Finanzamt anerkannte Spendenquittung, bei einem ebenfalls hoch willkommenen

kleineren Spendenbetrag senden wir eine Spendenquittung auf Wunsch (Anschrift siehe Impressum, E-Mail: bertoldkamm@web.de).

Die Konto-Angaben lauten:

FREIHEIT UND RECHT,

Konto-Nr. 0107982496, BLZ 701 900 00,

Münchner Bank.

Mit freundlichen Grüßen *Der Herausgeber*

(Fortsetzung von Seite 1)

Spaniens ausgeschlossen wurde. Wenn man Semprúns Vita betrachtet, werden Standort und Schreibmotivationen des Schriftstellers nachvollziehbar.

Jorge Semprún wurde am 10. Dezember 1923 in Madrid geboren. Er stammt aus großbürgerlich-aristokratischen Verhältnissen, sein Großvater war lange Jahre, in der Monarchie, spanischer Ministerpräsident. Sein Onkel, der Bruder der Mutter, wurde 1931 aus dem Gefängnis entlassen und noch am gleichen Tag zum Minister der republikanischen Regierung ernannt. Sein Vater war Katholik, Juraprofessor, Zivilgouverneur und späterer republikanischer Diplomat, der 1936, kurz nach Ausbruch des Bürgerkriegs, mit der Familie ins Exil gehen musste. Seine Mutter stammte aus einer hochangesehenen, einflussreichen spanischen Familie, verstarb aber, als ihr Sohn erst acht Jahre alt war. Das soziale Privileg seiner großbürgerlichen Herkunft erlaubte Jorge Semprún, sich von Kindheit an eine umfassende humanistische Bildung anzueignen. Ein deutsches Kindermädchen hat ihn früh Deutsch lernen lassen, so dass er nicht nur Hölderlin, Heine und Goethe, sondern auch, als Schüler und Philosophiestudent in Paris, Husserl und Heidegger, Hegel und Marx im Original lesen konnte – von der französischen Literatur ganz abgesehen. Als mittelloser Gymnasiast verbrachte Semprún die drei Sommer bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs im Pariser Exil. Von einer Bäckerfrau wegen seines spanischen Akzentes verlacht, lernte er innerhalb weniger Wochen ununterscheidbar gut Französisch sprechen. Die Literatur Frankreichs

wird dem ernstesten jungen Mann zur zweiten Heimat. Seine Lehrmeister sind Rimbaud, Gide, und immer wieder Charles Baudelaire. Die Gedichte Baudelairens im Kopf und einen gestohlenen Baedeker unter dem Arm, erkundete er die Stadt Paris und erlag ihren Lockungen und Verführungen. Die Sommer des jungen Jorge Semprún waren kurz, überschattet von den Dramen der Zeit. Sie hinterließen einen Menschen, der letztlich doch immer und überall ein Fremder bleiben wird. Über seinen Bildungsweg bekannte Semprún einmal:

„Eine starke, leidenschaftliche Beziehung verbindet mich mit der deutschen Kultur; sie hat meinen intellektuellen Charakter geprägt. In ihr habe ich die entscheidenden Argumente des Kampfes gegen den Nazismus gefunden. Bei der Lektüre der deutschen Autoren habe ich die Waffen der Kritik gefunden, die mir dann ermöglichten, den Nazismus mittels der Kritik der Waffen zu bekämpfen.“

Nach dem Einmarsch der Wehrmacht in Paris schloss er sich der Résistance an und wurde Mitglied der spanischen Exil-KP. Die Moskauer Schauprozesse, Trotzki, der 1940 im mexikanischen Exil von einem NKWD-Agenten mit einem Eispickel erschlagen wurde: das kümmerte Semprún unter der Herrschaft der deutschen Besatzung nicht. Er war eben achtzehn Jahre alt geworden, hatte Luft unter den Flügeln und wollte die Welt verändern. Der Feind war der Faschismus. Hitler und Franco musste man bekämpfen. Unter dem Decknamen Gérard Sorel kämpfte er gegen die deutschen Besatzer, bis er im Herbst 1943 der Gestapo in die Hände fiel. Er wurde in Auxerre gefoltert und Anfang

Januar 1944 nach Buchenwald deportiert. Dort rettete ihm der Marxismus das Leben. Als Mitglied der kommunistischen Selbstverwaltung überlebte der Häftling Nr. 44904 das KZ Buchenwald. Offiziell bestand seine Aufgabe darin, die Kartei der Lagerinsassen zu verwalten und die Häftlingslisten für die Arbeitskommandos außerhalb des Stammlagers zusammenzustellen. Nach der Befreiung des KZ Buchenwald durch die Amerikaner kehrte der Kommunist Semprún 1945 nach Paris zurück, wo er sich zunächst in den Kreisen der illustren Pariser Künstler, Schriftsteller und Philosophen umtat und später bei der UNESCO eine Anstellung als Übersetzer fand. Seit Semprún aus Buchenwald nach Paris zurückgekehrt war, musste er auch mit den Alpträumen zurechtkommen, die ihn künftig und viele Jahre lang heimsuchen sollten. Die Alpträume, die er im Lager nie gehabt hatte, bedrängten ihn. Sie wurden zuverlässige Begleiter seines Lebens als Überlebender. Als Santiago Carrillos junger Protégé koordinierte er ab 1953 im Auftrag der spanischen Exil-KP den Widerstand gegen das Franco-Regime. Er pendelte zwischen Paris und Madrid mit gefälschten Pässen, schmuggelte illegales Material in Koffern und Reiseneccessaires über die Grenze. Es gab, hatte der aufstrebende Parteifunktionär sehr schnell schon im KZ gelernt, zwei Wahrheiten, eine komplexe und eine für die ungebildeten Genossen. Semprún, der in der marxistischen Literatur zu Hause war, richtete sich ein mit einem gespaltenen Bewusstsein. Für die meisten anderen Mitglieder des ZK und des Politbüros hatte Semprún nicht viel übrig. Er fand sie rigide,

dogmatisch, langweilig. Er meinte damals, im Dienst am Proletariat und an der Revolution am besten zu arbeiten, wenn er mit seinen Ansichten hinterm Berg hielt. Unter den Decknamen Rafael Artigas, Agustín Larrea, Ramón Barreto, Rafael Bustamonte und Camille Salignac reiste er als Kontaktmann der spanischen Exil-KP nach Madrid. Ab 1957 leitete er unter dem Decknamen Federico Sánchez die KP-Untergrundarbeit und war der meistgesuchte Mann in Spanien. Er war aber kein professioneller Agent, sondern ein Intellektueller und ein Spieler. Er beobachtete gern sich selbst und fand amüsant, was seine Untergrundtätigkeiten an merkwürdigen Begleitumständen mit sich brachten. Das Doppelspiel, die Camouflage, die Maskierung: Semprún hat nie ein Hehl daraus gemacht, das all das ihm ein Heidenvergnügen bereitet hat, trotz oder wegen der Gefahren, die damit verbunden waren. Seine Arbeit als kommunistischer Antifranquist im Untergrund war wohl die ernsthafteste Spielerei, die ein Mensch betreiben kann. Es war ein Leben im als ob, das mit dem Tod hätte enden können. In "Federico Sánchez. Eine Autobiographie" (1977) hat er geschrieben, er habe erst in der Illegalität zu seiner *wahren Identität* gefunden. Während einer aufgrund von zahlreichen Verhaftungen durch Francos *Brigada Politico-Social* erzwungenen Ruhephase brach sich das Verdrängte nach all den Jahren wie eine Sturzflut Bahn. In nur drei Wochen schrieb er 1961 in seinem Madrider Versteck „Die große Reise“. Der 1963 erschienene Roman berichtet von der fünf Tage dauernden Deportation von Frankreich nach Buchenwald in einem überfüllten Viehwagen. Die Brutalität des Transports, den nicht alle Deportierten überleben, kontrastiert Semprún eindrucksvoll mit der bloß schemenhaft wahrgenommenen Schönheit der durchfahrenen deutschen Landschaft. Der Roman ist auch eine Reise in die vielfältigen Schichten der Vergangenheit des Erzählers, die sich assoziativ, nicht

chronologisch erschließen: die frühen Tage des Lesens in der Buchhandlung Nijhoff in Den Haag, die intensive Marx- und Hegellektüre im Kreis gleichgesinnter Pariser Gymnasiasten und Studenten, die den geistigen Boden für den wenig später aufgenommenen Kampf gegen die deutschen Besatzer bereitet. Semprún hat mit diesem Debüt *sein*



Jorge Semprún 1970

Foto: Wikimedia Commons

Thema und seine Form gefunden: die brüderliche Gemeinschaft der Erschlagenen und Verratenen. Der Autor ist noch als parteitreuer Kommunist davon überzeugt, auf der Seite des Guten zu stehen. Noch während sich „Die große Reise“ im Druck befand, las Semprún Solschenizyns Gulag-Erzählung „Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch“. Bestürzt durch diese Lektüre, begann er, sich über das ganze Ausmaß der kommunistischen Verbrechen Gedanken zu machen. Im Frühjahr 1964 wurde das ZK-Mitglied Semprún, besser Federico Sánchez, auf Weisung von Santiago Carrillo wegen „partei-feindlicher Thesen“ aus der spanischen KP ausgeschlossen: auf einem Schloss in der Nähe von Prag, wie der Kafka-Kenner Semprún nicht ohne Ironie erwähnt. Der exkommunizierte Semprún konnte sich in seine lebenslange Zweithemmat Paris absetzen, sein Nachfolger in der spanischen KP, Julián Grimau,

wurde von Francos Polizei schnell gefasst, schrecklich gefoltert und in einem Madrider Vorort hingerichtet. Mit der Lösung von der kommunistischen Partei beginnt die eigentliche schriftstellerische Produktivität Semprúns. Während der mehr als zwei Jahrzehnte, in denen Semprún sich erst von der Partei und dann vom Kommunismus verabschiedete, blieben ihm immer noch die Philosophie, die Poesie, die Künste, er musste keineswegs in einer intellektuellen Wüste verkümmern. Kaum ein Schriftsteller hat so überzeugend über die beiden Totalitarismen des 20. Jahrhunderts schreiben können wie Semprún, der in den folgenden Jahrzehnten zu einem der großen europäischen Intellektuellen wird. Für ihn war das Schreiben aus der Erinnerung an das Erlebte genauso wichtig wie die Erlebnisse selbst. Im Kampf der Erinnerung gegen das Vergessen sieht er auch den Kampf des Menschen gegen die Macht. Deshalb glaubt er, dass die Kunst dazu berufen sei, das besondere Böse des Lagersystems zu zeigen. Vom Lager müssen Geschichten erzählt werden, die gerade in ihrer kunstvollen Verschränkung auf einzelne Figuren und einzelne Ereignisse über die simple Verallgemeinerung hinausgehen. Die Radikalität seines Eintretens für die authentische Erinnerung und gegen das ideologische Gedächtnis machte ihn - wie zuvor Arthur Koestler, Margarete Buber-Neumann, Manès Sperber, Hans Sahl oder Ralph Giordano - zu einem *Outcast* für die orthodoxe Linke. Lassen wir also seinen weiteren Weg als freier Schriftsteller in Paris Revue passieren. Als Fortsetzung der „Großen Reise“ erschien 1967 der zunächst wenig beachtete Roman „Die Ohnmacht“, ein raffiniertes Erinnerungspuzzle. Aus tiefster Bewusstlosigkeit erwacht, tastet Manuel, alter ego des Autors, nach seiner Autobiographie. Hinter ihm liegen Gestapo-Folter und Buchenwald, die sich Manuel ins Gedächtnis zurückzurufen sucht, vor ihm Jahre des Kampfes gegen Franco im Untergrund, von denen

der Leser aus dem Bericht eines Erzählers erfährt. Außerdem betätigte sich Semprún als Drehbuchautor und leistete somit einen Beitrag zu mehreren berühmt gewordenen politischen Filmen, zu Alain Resnais „Der Krieg ist vorbei“ (1966), zu Costa Gavras „Z“ (1968) und „Das Geständnis“ (1970). Von dieser Zeit datiert auch seine Zusammenarbeit mit Yves Montand und Simone Signoret. Sein nächstes Buch, „Der zweite Tod des Ramon Mercader“ (1969) bettete die Figur des von Stalin gedungenen Trotzki-Mörders in eine phantastische Geheimdienst- und Agentengeschichte ein.

1977 folgte der erste Band von Semprúns politischer Autobiographie „Federico Sanchez“, übrigens das erste Buch, das er auf spanisch schrieb. Hier schonte der Exkommunist Semprún, der selbst als gläubiger Nomenklaturkader einst Hymnen auf Stalin und auf die legendäre spanische Kommunistin Dolores Ibárruri geschrieben hatte, weder die Partei noch sich selbst. Wegen der schonungslosen Enthüllungen - zumal über den problematischen Zustand der spanischen KP und über die dunkle politische Vergangenheit ihres Generalsekretärs Santiago Carrillo - löste das Buch heftige Polemiken und Debatten in der jungen spanischen Demokratie aus. Über das Grunddilemma seiner ehemaligen Genossen schrieb Semprún treffend:

„Kommunistisches Gedächtnis ist im Grunde keins, denn es speichert die Vergangenheit nicht, sondern es zensiert sie. Das Gedächtnis kommunistischer Funktionäre funktioniert pragmatisch, auf die momentanen politischen Interessen und Ziele abgestimmt. Es ist kein historisches, kein Zeugengedächtnis, sondern ein ideologisches Gedächtnis.“

Der Bestseller trug dem Autor den angesehensten spanischen Literaturpreis ein und vereitelte nach Überzeugung des ausgewiesenen Spanien-Kenners Walter Haubrich einen Wahlsieg der spanischen Kommunisten bei den ersten demokratischen Wahlen nach Francos Tod.

Prüfstein für jeden Kommunisten ist seine Haltung zur Sowjetunion! Dieser ebenso polarisierende wie inquisitorische Satz stammt aus

dem Arsenal der Dritten Internationale. Er sollte jeden Nazigegner in die Zwangsgemeinschaft mit dem Stalinismus treiben. Für den Schriftsteller Semprún galt er weiter, allerdings in umgekehrter Richtung. In seinem 1981 veröffentlichten Aufsatz „Links bleiben“ (*Freibeuter*, H. 10) postulierte er, dass links sich nur nennen könne, der in der Kritik der Sowjetunion bis zum Ende gehe. Bis zum Ende - historisch bis zur Verwerfung der Oktoberrevolution in Russland, politisch bis zur Einsicht, dass jede Reform des sowjetischen Zwangssystems von oben vergeblich sei. In seinem Roman „Was für ein schöner Sonntag“ (1981) arbeitete er seine Buchenwald-Erfahrung ein zweites Mal auf. Ihm war längst bewusst, nachdem er die Wahrheit über die stalinistischen Lager aus den Büchern Solschenizyns und Schalamows erfahren hatte, dass mit der Gleichzeitigkeit von KZ- und Gulag-Erfahrung *die Unschuld des Gedächtnisses*, auf der „Die große Reise“ basierte, nunmehr durchlöchert war. Wer über Stalin schweigt, soll nicht das Recht haben, über Hitler zu reden. „Was für ein schöner Sonntag“ ist wohl Semprúns wichtigstes Buch und gleichzeitig die sehr persönliche, oft ironische und bittere Auseinandersetzung mit den eigenen Illusionen und Irrtümern. Er hat, den Schlusspassagen des Buches zufolge, zweimal überlebt: zum einen das Nazi-Konzentrationslager, zum anderen den ideologischen Terror des Stalinismus. Auch in seinen folgenden Büchern - „Algarabia“ (1981), „Der weiße Berg“ (1986) und „Netschajew kehrt zurück“ (1987) - bleibt der Schriftsteller seinem Lebensthema treu: der erinnernden Vergegenwärtigung der totalitären Katastrophen des 20. Jahrhunderts und der unausweichlichen Verstricktheit der eigenen Biographie in die Zeitläufe.

1986 machte Semprún in der Bundesrepublik auf sich aufmerksam. Er hielt das Eröffnungsreferat zu den Römerberggesprächen in Frankfurt am Main („Stalinismus und Faschismus“, in: *taz*, 14.6.1986) Er plädierte zur allgemeinen Überraschung unter den Anwesenden für eine Wiedervereinigung Deutschlands. Dies sei nur denkbar, führte er aus, wenn

es in Europa einen entscheidenden Fortschritt der demokratischen gegenüber den totalitären Staaten gebe. Er betonte, es dürfe keinen blinden Friedenswillen geben. Die Demokratie sei die Wurzel des Friedens und nicht umgekehrt. Semprún prangerte die vorherrschende Blindheit gegenüber den sozialen Realitäten des Sowjetkommunismus an. Sie sei eines der Haupthindernisse für ein angemessenes historisches Bewusstsein der Deutschen. Doch Semprúns Versuch, den schwach entwickelten Antitotalitarismus der westdeutschen Linken herauszufordern, hatte kaum Resonanz, und sein Anstoß blieb von der breiten Öffentlichkeit in Deutschland so gut wie unbeachtet.

In den Jahren 1988-1991 wirkte er als parteiloser Kulturminister im Kabinett des Sozialisten Felipe González in Madrid. Nach seinem Abschied aus der Politik erreichte Semprún 1992 die Bitte des deutschen Journalisten Peter Merseburger, ihn doch nach Buchenwald zu begleiten, um ihn bei Dreharbeiten eines Fernseh-dokumentarfilms zu unterstützen. Nach anfänglichem Zögern willigte Semprún ein. Die Besichtigung des Lagers - zum ersten Mal seit 47 Jahren - ist der Kristallisationspunkt seiner dritten Auseinandersetzung mit dem KZ Buchenwald, die in dem Buch „Schreiben oder Leben“ (1995) - ein Jahr nach seiner Entgegennahme des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in Frankfurt am Main - ihren Niederschlag findet. Der Tod durchzieht dieses Buch, aber es ist nicht düster. Im Gegenteil, in ihm steckt ein erstaunlicher, beinahe weiser Gleichmut, eine tiefe Gewissheit über die Freiheit des Menschen. In Semprúns Perspektive bewahren die Häftlinge, wiewohl geschunden und gepeinigt, ihre Würde. Auf der Seuchenstation des Krankenreviers, ein Ort, den die SS panisch mied, versammelten sich am Sonntagnachmittag während der wenigen Freistunden politische Häftlinge aus allen Ländern, um über Kant, Hegel, Schelling oder die Romane von André Malraux zu diskutieren. Hier, im Block 56 des Kleinen Lagers, diskutieren die von den Nationalsozialisten aus ganz Europa Verschleppten über die These, dass das radikal Böse

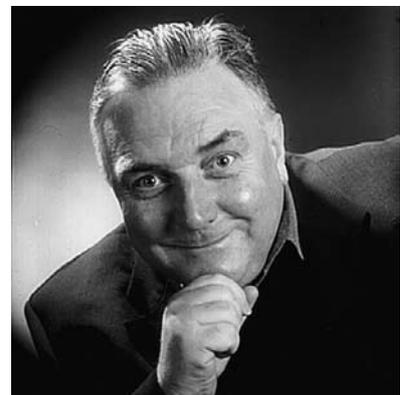
nicht das Unmenschliche schlechthin sei, sondern vielmehr einer der möglichen Entwürfe der Menschlichkeit des Menschen. Gedichte begleiten Semprún während seiner Haft. Am Totenbett des Häftlings Maurice Halbwachs spricht er Verse von Baudelaire, gemeinsam deklamieren die Kameraden Gedichte von Valéry, Vallejo und Aragon. Er habe, erinnert sich Semprún, das Glück gehabt, in den entscheidenden Momenten seines Lebens immer auf einen Dichter gestoßen zu sein. „Schreiben oder Leben“ bildet den Schlüssel zu dem Schriftsteller Semprún. In diesem Werk lässt er uns Einblick nehmen in den Kern seines Werks, die Wahl der Freiheit aus der Brüderlichkeit des Todes.

In seinem 2002 erschienenen Buch „Der Tote mit meinem Namen“ erinnert sich Semprún am genauesten an Buchenwald. Es ist sicherlich die eindrucksvollste seiner Darstellungen des Lebens im KZ, obwohl es auch in diesem Buch an Umwegen, Sprüngen, Rückblenden, Assoziationen und Vergleichen mit anderen Gräueltaten der jüngeren Geschichte nicht fehlt. Das Wechselspiel der Erinnerung ist zu einem Kennzeichen der Schreibtechnik Jorge Semprúns geworden. In keinem seiner Bücher hat er die scheußlichen Details der alltäglichen Realität in Buchenwald so genau und nüchtern dargestellt wie jetzt: die sadistische Misshandlung und Erniedrigung durch die SS-Wächter, Fronarbeit, ständige Überwachung, völlige Erschöpfung und Hungertod. Buchenwald war auch eine Klassengesellschaft. Die unterste Klasse bestand aus *Muselmännern*. Es waren Menschen an der Grenze zwischen Leben und Tod, die, zur Arbeit nicht mehr fähig, nur noch auf einen qualvollen Tod warten konnten. Dort, bei diesen Menschen, findet die kommunistische Lagerorganisation auch den todkranken französischen Studenten, dessen Namen Semprún annehmen wird. Den Toten brauchen sie, um Semprún eine neue Identität zu geben, nachdem eine Anfrage über ihn gekommen war. Wenn die deutsche Regierung sich für einen Häftling interessierte, das wussten die kommunistischen Hilfssekretäre in der Lagerverwaltung, bedeutete das in der Regel die Über-

führung des Betroffenen in ein Vernichtungslager, also den sicheren Tod. Die Verantwortlichen der geheimen kommunistischen Zelle in Buchenwald wollten Semprún retten und ließen ihn deshalb *bürokratisch* sterben. Sie gaben ihm den Namen und die Papiere des Franzosen, der wenige Tage nach der Anfrage aus Berlin starb. Kurze Zeit später erfuhren sie, dass die Anfrage keine Gefahr für Semprún bedeutete. Das deutsche Außenministerium war von dem spanischen Botschafter in Paris um Auskunft gebeten worden. Diesen wiederum hatte Semprúns Vater, früher im diplomatischen Dienst der Republik, nun im französischen Exil und mit dem Botschafter Franco-Spaniens bekannt, um Informationen über seinen nach Deutschland deportierten Sohn gebeten. Das Interesse des Botschafters Francos für den Häftling bringt Semprún ein strenges Verhör durch die Verantwortlichen der kommunistischen Organisation in Buchenwald ein. Viele Jahre später erzählt ihm ein Mithäftling und Freund, dass die kommunistischen Zellenführer, die ihn damals der „Verbindung zum Feind“ verdächtigten und in dem Buch mit ihren wirklichen Namen erschienen, zu Opfern der stalinistischen Säuberungen wurden.

Die Rolle des Überlebenden, die Semprún nie übernehmen wollte, bringt kaum Ansehen, hingegen viel Ärger, auch Gefahren mit sich. In kommunistischen Ländern wurden Überlebende, ob aus dem Spanischen Bürgerkrieg oder aus den deutschen Konzentrationslagern, häufig als „Verräter“ verfolgt. Das pure Glück, überlebt zu haben, meint Semprún, werde einem auch in demokratischen Ländern vorgeworfen. Die Historiker und Soziologen misstrauten den überlebenden Zeugen, die schließlich nicht bis an das Ende der Erfahrung gegangen, nicht gestorben seien. Die besten, die einzigen wahren Zeugen sind diesen Experten zufolge die Toten. Doch, fragt Semprún am Ende des Buches, wie sollen sie die wahren Zeugen, das heißt die Toten, zu ihren Kolloquien einladen? Wie sollen sie zum Sprechen gebracht werden?

Fazit: Der Lebensweg von Jorge Semprún, der 1994 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, ist ungewöhnlich, ja außerordentlich. Er sagte damals: „Ich bin nur eines wirklich im Leben: ein ehemaliger Deportierter aus Buchenwald.“ Mit der Kraft seiner Sprache arbeitet der Schriftsteller Jorge Semprún gegen das Vergessen und für die Erinnerung, indem er Einzelheiten in geradezu photographischer Genauigkeit darstellt. Fiktion und Realität, philosophisch-politische Reflexion und autobiographische Assoziationen verschmelzen in seinen um die Buchenwald-Erfahrung kreisenden Büchern. Die Art, wie Semprún sich selbst in Literatur umgesetzt und damit – für die Öffentlichkeit – verfügbar und gebrauchbar gemacht hat, ist bedeutsam. In Jorge Semprún begegnen wir einem Menschen, der ein Beispiel dafür ist, wie man europäische Geschichte im 20. Jahrhundert auch hat durchleben und erleiden können. Er spricht zu uns aus einer Vergangenheit, die in ihren Opfern bis heute gegenwärtig ist.



Der Autor

Dr. Martin Rooney, geb. 1948 in Manchester. Studium Germanistik, Philosophie und Soziologie an den Universitäten Birmingham, Mainz, FU Berlin und Bremen. B.A. (Hons.) und Dr. phil. Ab 1978 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der North East London Polytechnic sowie an der Universität Bremen. Lehrbeauftragter an der Hochschule Bremen. 1. Vorsitzender der Armin T. Wegner-Gesellschaft 1986 - 1999. Seit 1990 freier Autor, Übersetzer und Erwachsenenbildner in Bremen.

Plädoyer für ein neues Denken:

Erinnerungsarbeit als Zukunftssicherung der Demokratie

Von Hans-Jürgen
Grasemann

Demokratie braucht Demokraten, heißt es zu Recht. Demokratie braucht aber auch ein Gedächtnis, ein Erinnern an die Diktaturen in Deutschland. Sie braucht Stätten, die Authentizität atmen, und Symbole, die im öffentlichen Bewusstsein verankert sind.

Von Zeitzeugen, die Auskunft über die Verbrechen des Nationalsozialismus geben können, müssen wir zunehmend Abschied nehmen. Gedenkstätten, Museen, Dokumentationszentren - nicht zuletzt auch die Medien - sind deshalb für die Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft von zentraler Bedeutung. Sie sind zwar im Idealfall „begehbare Geschichtsbücher“. Anders als Zeitzeugen können sie jedoch nicht vermitteln, was Hunger heißt. In einer Ausstellung kann man das schreckliche Gefühl, wenn man so unvorstellbar abmagert, dass man zusammenbricht und keinen Lebensmut mehr hat, ebenso wenig darstellen wie man den Gestank einfangen kann, der in einem Lagersaal von 35 Metern Länge und 15 Metern Breite bei einer Belegung mit 400 Gefangenen und 5 Primitivtoiletten und Blenden vor den Fenstern entsteht.

Überlebende von Lagern und Haftanstalten in der NS-Zeit und danach in den sowjetischen Speziallagern haben ihr Martyrium nach ihrer Befreiung als Aufgabe verstanden, Zeugnis abzulegen, zunächst - nicht immer mit Gehör - gegenüber der Mehrheit von Menschen, die nicht gelitten haben, schließlich aber ge-

genüber den Nachgeborenen, für die sie als Kronzeugen gegen Unmenschlichkeit und Vernichtung so wichtig sind.

Obwohl „Oral History“ seit langem ein wesentlicher und anerkannter Bestandteil der Geschichtswissenschaft ist, kommt es immer mal wieder zu einer Spannung zwischen Zeitzeugen und Historikern. So haben Geschichtswissenschaftler schon mal zugespitzt formuliert, dass der Zeitzeuge der ärgste Feind des Historikers sei. Zwar kann dieser



Der Autor

Dr. Hans-Jürgen Grasemann (auf dem Foto im Gespräch mit Sigmar Gabriel) ist Oberstaatsanwalt in Braunschweig und war von 1988 bis 1994 Sprecher und stellv. Leiter der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter. Seit Juli 2009 ist er Vorsitzender des ZDWW.

Foto: Archiv Grasemann

in der Regel besser als der Zeitzeuge Vorgänge in große Zusammenhänge und Entwicklungslinien einordnen, doch berührt dies die Glaubwürdigkeit des Zeitzeugen nicht. Denn sein Zeugnis enthält eine Wahrheit, die ein Historiker kaum erreichen kann. Berichte von Zeitzeugen sind auch nach dem Ende des SED-Regimes

gefragt. Den meisten ehemaligen politischen Häftlingen der SBZ/DDR ist es ein Anliegen, ihre politische Verfolgung vor allem der Generation schildern zu können, die die DDR und die deutsche Teilung nicht erlebt hat. Dabei bedrückt es sie mehr als andere, dass das Grundwissen vieler junger (aber auch älterer im Westen) Deutscher wenig ausgeprägt ist. Sie beklagen fehlendes Sachwissen und Klischeebilder, die eine völlige Fehleinschätzung und sozialromantische Verklärung des untergegangenen SED-Staates bewirken. Jüngste wissenschaftlichen Untersuchungen haben in der Tat bestätigt, wie wenig jungen Deutschen der menschenverachtende Diktaturcharakter der DDR präsent ist.

Wo politische Bildung jetzt ansetzen muss, zeigen Aussagen von Jugendlichen, die alarmierend sind. Da wird Erich Mielke für einen Schriftsteller gehalten und Helmut Kohl findet sich als DDR-Politiker wieder. Die DDR wird nicht als Diktatur eingestuft. Sie sei eine Demokratie gewesen, weil ihr Name ja „Deutsche Demokratische Republik“ gewesen sei. Vielen Schülern ist unbekannt, dass es in diesem Staat keine freien und demokratischen Wahlen gegeben hat.

Zu fordern ist deshalb eine aktive, verantwortungsvolle Erinnerungskultur, ein lebendiger Geschichtsunterricht, der Besuch von Gedenkstätten und die Einladung von Zeitzeugen und Wissenschaftlern. Dies würde das Unterrichtsangebot enorm bereichern. Es muss unser Beitrag sein, der jungen Generation den Unterschied zwischen

Diktatur und Demokratie zu verdeutlichen und sie für neu aufkommende extremistische und totalitäre Entwicklungen zu sensibilisieren. Dabei dürfen wir uns nicht nur auf die Stasi-Organen und ihr Wirken beschränken. Wir müssen auch den Alltag in der Diktatur darstellen. Joachim Gauck und Stefan Wolle haben in ihren Publikationen und in unzähligen Veranstaltungen unter Beweis gestellt, wie die Schilderung von Beispielen insbesondere auf Menschen wirkt, die nicht „gelernte DDR-Bürger“ waren.

Freya Klier hat treffend gefordert, die Zehn Gebote müssten um ein elftes ergänzt werden: „Du sollst nicht vergessen.“ Sie hat damit gewiss nicht jene gemeint, die Widerstand geleistet haben oder auf andere Weise zum Opfer staatlicher Willkür geworden sind, sondern alle Deutschen. Für manchen hat seine Leidenszeit heute den Sinn, seine Erfahrungen weiter zu geben. Vielleicht weckt er bei den unbeschwert aufwachsenden Jugendlichen das Bewusstsein, dass die Vergangenheit sie doch mehr berührt, als sie zuvor gedacht haben.

Weil mit jedem Tag die Zahl derer größer wird, die keine biografische Erfahrung mehr mit der deutschen Teilung und der SED-Diktatur haben, müssen die Lehrpläne in den Schulen und die Angebote der politischen Bildungsarbeit reagieren. Die Erfahrungen zeigen, dass Schüler durchaus mit Betroffenen gemeinsam trauern, wenn sie sie und ihr Schicksal persönlich kennen lernen. In einer berührenden Fernsehdokumentation hat eine Auschwitz-Überlebende Mädchen und Jungen aus mehreren Nationen an jenem Ort im Lager berichtet, wie sie als junge Frau ein Mädchen geboren hat, das alsbald als „Objekt medizinischer Untersuchungen“ getötet wurde. Man konnte spüren, dass die Tränen der Jugendlichen dieser Frau gut getan haben. Dass die jungen Menschen, die ihre Enkel sein könnten, ihr zuhören und mit ihr fühlen, hat ihre Erstarrung erkennbar gelöst.

Die Dimension der Unmenschlichkeit eines Unrechtssystems erschließt sich für viele erst durch konkrete Einzelschicksale. Begegnungen in der Schule oder auf Seminaren der politischen Bildungsarbeit

bedeuten für ehemalige politische Häftlinge oftmals gesellschaftliche und öffentliche Anerkennung, die sie für vieles entschädigt.

Wir sollten uns von der abstrakten Opferpädagogik, die mit „Zahlenfriedhöfen“ einhergeht, verabschieden, weil der Terror in der Anonymität des kollektiven Leidens nicht mehr sichtbar wird. Was gefragt ist, ist „Personalisierung“ von unten, nämlich die Hinwendung zu einzelnen biografischen Schicksalen, aber auch zur Alltags- und Lokalgeschichte.

Welche Verstärkerfunktion Spielfilmen zukommen kann, die Opfern und Tätern Namen und Gesichter geben, haben die Hollywood-Produktion „Holocaust“ und Steven Spielbergs preisgekröntes Werk „Schindlers Liste“ bewiesen. Auch Michael Verhoevens Film „Die Weisse Rose“, Rolf Schübels erschütternder Dokumentar Spielfilm „Das Heimweh des Walerjan Wrobel“ und die großen Fernsehproduktionen von Eberhard Fechner auf der Grundlage der Romane von Walter Kempowski gehören zu jenen Medienereignissen, die ein hohes Maß an Wirkung bei Zuschauern sowohl im emotionalen wie auch im Einstellungsbereich erzeugt haben.

Zuletzt haben die Filme „Sophie Scholl - Die letzten Tage“, „Auf Wiedersehen Kinder!“, „Das Leben der Anderen“, „Todesautomatik“, „Die Frau vom Checkpoint Charlie“, „Das Wunder von Berlin“ und die unterschiedlichsten Darstellungen über die Verschwörer des 20. Juli sowie unzählige Fernsehdokumentationen eine breite Öffentlichkeit erreicht und bestimmt manchen zu weiterführender Lektüre veranlasst.

Vor begrenzter Öffentlichkeit können Zeitzeugenauftritte von Opfern politischer Gewaltherrschaft eine ähnliche Wirkung entfalten. Ein solcher pädagogischer Diskurs mit lebendigen Geschichtsquellen wird dann zu mehr als nur Kurzzeiteffekten führen, wenn bedacht wird, dass „Vergangenheitsaufarbeitung“ aus der Sicht eines Opfers eine andere Qualität besitzt als aus der Sicht der heutigen Jugendgeneration.

Die Auswertung von Besuchen in Gedenkstätten belegt seit langer

Zeit, mit welcher nachhaltigen Eindringen junge Menschen diese Orte verlassen. Was sie in den MfS-Haftanstalten in Hohenschönhausen, Magdeburg, Halle und Bautzen, in der Grenzübergangsstelle Marienborn, in den Gedenkstätten im Bendlerblock und in Plötzensee, in Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau und Bergen-Belsen, um nur einige zu nennen, gesehen und gehört haben, bleibt ihnen lange im Gedächtnis.

Mit Genugtuung können wir 20 Jahre nach der Wiedervereinigung feststellen, dass trotz vielstimmiger Kritik die Geschichte der beiden deutschen Diktaturen kontinuierlich und auf vielfältige Weise in Deutschland wach gehalten wird. Zahlreiche Gedenkstätten, Forschungs- und Bildungsarbeit und die Einbeziehung von Zeitzeugen sind Beleg für unser Bemühen um „demokratische Erinnerungskultur“. Geleistet wird dabei nicht allein Geschichtsbildung, sondern auch und gerade Demokratiebildung. Auch um unser aller selbst und um unserer freiheitlichen Ordnung willen werden wir an die Vergangenheit und die sie bestimmenden Unrechtssysteme erinnert. Wir müssen alles dafür geben, dass die Feinde der Demokratie in Deutschland nicht wieder die Oberhand bekommen. Wir haben gelernt, dass es zu spät ist, wenn ein totalitäres System seine Macht etabliert hat. Schon deshalb bleibt die Aufarbeitung der beiden Diktaturen auf der Tagesordnung. „Nur jene Erinnerung ist fruchtbar, die zugleich daran erinnert, was alles noch zu tun ist“, hat Ernst Bloch einst gemahnt.

„Alles, was ich tue in diesen Jahrzehnten an Aufklärung, zielt auf diesen Punkt ab: Passt auf, dass wir das, was wir hier haben, erhalten: dass ich hier angstfrei zu euch sprechen kann und ihr angstfrei zu mir sprechen könnt. Allen, die das antasten wollen, denen haut auf die Finger“, lautet Ralph Giordanos Appell an seine deutschen Mitbürger. Er weiß, dass Erinnerungsarbeit Zukunftssicherung der Demokratie ist und das Gedenken an die Diktaturoppfer ihr politisches Engagement für Freiheit und Recht fortsetzt.

Macht das Tor auf

Augenzeugenbericht über die Erstürmung der Berliner Stasi-Zentrale in der Normannenstraße vor 20 Jahren

Von Barbara Szkibik

„Macht das Tor auf, macht das Tor auf!“ riefen wir am Abend des 15. Januar 1990 vor dem Gebäudekomplex des „Ministeriums für Staatssicherheit“ (MfS) in der Ost-Berliner Normannenstraße. Wir, das waren nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 30.000 und 50.000 Demonstranten, die einem Aufruf des „Neuen Forum“ gefolgt waren. Nicht, dass wir glaubten, es würde sich dort etwas rühren. Auch hieß es in dem Aufruf „Bringt Kalk und Mauersteine mit, wir schließen die Tore“, was auch einige befolgt hatten und begannen, vor dem Tor in der Ruschestraße eine Mauer zu ziehen. Sie wurde kaum 30 cm hoch, den fleißigen Handwerkern fehlte inmitten der stetig steigenden Menge der Demonstranten schließlich der Platz zum Arbeiten. Und dann geschah das Unerwartete – das Tor ging auf. Ich stand keine drei Meter davon entfernt. Nach einer Schrecksekunde setzte ich mich wie in Trance in Bewegung. Niemand wusste, was uns dort drinnen erwartete. Bestenfalls lud man bekanntlich Demonstranten auf Mannschaftswagen, brachte sie in irgendein Lager, um sie für ein paar Stunden oder Tage zu demütigen, sie die Staatsmacht spüren zu lassen - und die Spreu vom Weizen zu trennen. Wer Glück hatte und bisher noch nicht aktenkundig war, konnte fürs erste gehen. Wer nicht, landete im Knast und wartete auf Freikauf in den Westen. Aber ein Angriff auf das Allerheiligste, das Zentrum der Stasi? Wie würden sie reagieren? Das waren die Gedanken, die mir – und sicher auch anderen – in Sekundenbruchteilen durch den Kopf schwirrten. Ich dachte sie lieber nicht zu Ende. Aber wie heißt es: Wenn nicht wir, wer dann, wenn nicht jetzt, wann denn?

Wie später bekannt wurde, waren bereits seit dem Morgen Bürgerrechtler im Hause, um mit den MfS-

Oberen zu verhandeln. Es ging um die endgültige und ersatzlose Auflösung der Staatssicherheit, eine bloße Umbenennung und Weißwäsche durfte nicht stattfinden. Noch am 17. November 1989 hatte der Ministerrat der DDR das MfS in ein „Amt für Nationale Sicherheit“ umbenannt, aus Stasi wurde Nasi. Es überdauerte keine vier Wochen, am 14. Dezember wurde formell dessen Auflösung beschlossen. Der Apparat wurde abgespeckt, aufgeteilt und sollte unter den Bezeichnungen „Verfassungsschutz“ und „Nachrichtendienst der DDR“ weiter arbeiten, womöglich mit der weitsichtigen Absicht, mit den formal gleichlautenden bundesdeutschen Behörden zu kooperieren (oder später gar zu fusionieren?), was diese freilich dankend abgelehnt hätten.

Keine Polizeistaffeln mit Maschinengewehren und Hunden, nur ein großer leerer Platz erwartete uns. Es dauerte keine drei Minuten, bis er voller Menschen war. Niemand von uns hatte eine Ahnung davon, dass wir nur auf dem ersten von mehreren verschachtelten Höfen angekommen waren. Erst in den folgenden Tagen begriffen wir nach und nach die Dimension dessen, wogegen wir angetreten waren. Weit oben in einem Gebäude klirrten Scheiben, Gegenstände flogen aus dem Fenster. Bis heute ist nicht völlig geklärt, ob sich dort der Volkszorn entlud oder ein Trupp von Stasi-Leuten sich als Provokateur betätigte. Für letzteres spricht mehr. Aus den Fenstern im ersten Stock des Wachgebäudes gleich hinter dem Tor in der Ruschestraße schauten Wehrpflichtige vom Wachregiment „Feliks Dzierzynski“ heraus. Sie hatten offenbar ebenso Angst vor uns wie wir vor ihnen, und – anstatt das MfS zu beschützen – riefen sie zu uns herunter: „Macht bloß keinen Scheiß, wir haben nur noch elf Tage!“ Wir machten kei-

nen. Alles blieb friedlich. Die Parole „Keine Gewalt“ des Neuen Forum wurde wie bei den vielen Demonstrationen und Kundgebungen zuvor auch hier befolgt. Viele der Demonstranten - so auch ich - hatten sich spontan dem in Entstehung begriffenen Bürgerkomitee angeschlossen. Das Bürgerkomitee organisierte sich und richtete sich für die Nacht ein. Die Bastion war gefallen. Mit der etwas ratlosen Volkspolizei vom örtlichen Revier wurde eine Sicherheitspartnerschaft vereinbart. Die verbliebenen untätigen Wachsoldaten ließen in den folgenden Tagen die hungrigen Bürgerkomitee-Mitglieder an den Mahlzeiten aus ihrer Feldküche teilhaben.

Der Grundstein für diesen spektakulären Vorgang im Januar 1990 wurde bereits am Morgen des 4. Dezember 1989 in Erfurt gelegt, die Besetzung anderer Bezirks- und Kreisdienststellen des MfS durch Bürgerkomitees folgte wenige Stunden bzw. Tage später. Nur die Zentrale in Berlin stand noch aus. Freilich darf dabei nicht übersehen werden, dass die SED sehr bewusst und gezielt den „Volkszorn“ auf die böse Stasi gelenkt hatte, um ihren eigenen Hals zu retten. Die eigentlichen Machthaber hatten diese Bastion schlicht und einfach aufgegeben und waren schon



Die Autorin

Barbara Szkibik war 1990 im Bürgerkomitee für das Zentralarchiv des MfS zuständig und baute später die Gauck-Behörde mit auf. Sie arbeitete dann als Referentin im Innenministerium des Landes Brandenburg, lebt heute bei München und ist Mitglied im Bund Widerstand und Verfolgung (BWW-Bayern) e.V.

Foto: Archiv FREIHEIT UND RECHT

mit dem unvermeidlichen Übergang in die neue Zeit beschäftigt – nicht ohne Erfolg, wie man leider heute feststellen muss. Tatsächlich war dieser Schachzug nicht ungeschickt. Während sich alle Welt über die Machenschaften der Staatssicherheit erregte und die Bestrafung der Verantwortlichen forderte (was, wie wir erleben mussten, wenig erfolgreich war), hatten sehr viele vergessen, wo die eigentlichen Urheber und damit wahren Schuldigen saßen: Das Ministerium für Staatssicherheit war „Schild und Schwert der Partei“, was sowohl MfS als auch SED in den Jahrzehnten ihres Wirkens in der DDR einander gar nicht oft genug versichern konnten. Dort, in der SED-Führung, saßen die wirklichen Befehlsgeber für den Stasi-Terror, und das MfS war selbst Teil des gewaltigen Parteiapparats. Dass das MfS nur ein ausführendes Organ kommunistischer Gewaltherrschaft war, schmälert indes die Schuld der Beteiligten nicht.

Frauen mit großen Taschen, aus denen Kaffemaschinen ragten, in den Händen Töpfe mit Zimmerpflanzen balancierend, strömten in Richtung der Ausgänge. Die Sekretärinnen waren endgültig heim geschickt worden – dies war für mich ein untrügliches Zeichen dafür, dass die Arbeit des MfS beendet war. Wir vom Bürgerkomitee hatten das Ministerium besetzt und überwachten nun dessen Selbstauflösung. So glaubten wir zumindest. Natürlich haben sie uns immer wieder über den Tisch gezogen, uns das Blaue vom Himmel herunter erzählt und uns Akten unter den Händen weg geklaut. Darüber wird der eine oder andere von ihnen heute noch klammheimlich lachen. Selbst ein Teil von dem, was zur Vordertür im Archiv abgeliefert wurde, verschwand vermutlich wieder durch eine der vielen Hintertüren, die wir noch gar nicht entdeckt hatten. Natürlich hatten sie – gemäß einer Anordnung von Stasi-Chef Erich Mielke vom 6. November 1989 – viel Brisantes schon längst vernichtet, bevor an Bürgerkomitees überhaupt zu denken war. Dennoch haben wir den größten Teil bewahren und für die Betroffenen, die Justiz, die Wissenschaft und die Öffentlichkeit retten können.

Obwohl wir zweifellos die blauäugigsten Dilettanten waren, die

jedem in die Gefilde und Geheimnisse eines Nachrichtendienstes eindringen, noch dazu eines Dienstes, der als einer der effektivsten weltweit galt, so haben wir es letztendlich geschafft, ihn still zu legen. Und es ist uns auch gelungen, sein in Jahrzehnten gesammeltes Wissen nicht nur vor der Vernichtung zu bewahren, sondern auch öffentlich zugänglich zu machen. Dabei ist es nicht erheblich, ob am Ende ein paar Akten fehlen, die man gern noch gehabt hätte. Was zählt, ist die Einmaligkeit des Vorgangs, ist die Tatsache, dass die Demonstration des Volkswillens einen solchen Akt ermöglicht hat.

Das Bürgerkomitee Normannenstraße war letztendlich die Keimzelle der am 3. Oktober 1990 gegründeten Behörde des „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der Deutschen Demokratischen Republik“ (BStU), die wegen des unaussprechlich langen Namens nur nach ihrem ersten Chef „Gauck-Behörde“ genannt wurde. Deren erste und wichtigste Intention war, den Opfern, den Betroffenen wieder ihre Würde und ihre Selbstbestimmung zurück zu geben. Die juristische Aufarbeitung

scheint nicht ganz so geglückt, was nicht zuletzt auf politischem Unverstand beruhender zweifelhafter Rechtsauslegung geschuldet ist, denn der so herbeigeführte Rechtsfrieden begünstigte die Täter. Wie man von Zeit zu Zeit hören und lesen kann, sind die Bestände der BStU (inzwischen „Birther-Behörde“, weil sich immer noch niemand den langen Namen merken mag) auch immer wieder für Überraschungen gut. Aber das Wichtige an der Arbeit mit den Stasi-Akten ist nicht wirklich das Spektakuläre oder Skandalöse, das von Zeit zu Zeit aus den Tiefen der Archivbestände an die Oberfläche schwappt; das eigentlich Faszinierende ist vielmehr die Möglichkeit, in akribischer Kleinarbeit das Funktionieren des komplexen Systems eines perversen Unterdrückungsapparates zu analysieren, eine Möglichkeit, die es wohl kein zweites Mal irgendwo gibt und die deshalb historisch und gesellschaftspolitisch so wertvoll ist. Und wenn man bedenkt, welche Zeiträume die Aufarbeitung der anderen Diktatur in Deutschland einnimmt, dann hat die Arbeit dieser Behörde – wie immer sie auch heißen mag – eigentlich gerade erst begonnen.

Wolfgang Natonek

Streitbarer Liberaler und Opfer beider Diktaturen in Deutschland

Von Gerald Wiemers

Sein Vater Hans war in Leipzig ein bekannter Schriftsteller und geschätzter Journalist, der u. a. für die Neue Leipziger Zeitung schrieb. So reagierte er 1932 auf die Juli-Wahlen in Leipzig, der einzigen Großstadt, in der die Sozialdemokraten 1932 mehr Stimmen erhielten als die Nationalsozialisten, mit dem Artikel „Und nun: Freiheit der Kunst! Eine Forderung aus dem Leipziger Wahlergebnis.“ 1933 verliert er seine Arbeit und ein Jahr später die deutsche Staatsbürgerschaft. 1938 flieht Hans Natonek ohne seine Familie nach Prag, erwirbt für sich und seine Kinder die Staatsbürgerschaft der ČSR und emigriert in die USA nach Ka-

lifornien. In den später angelegten Stasi-Akten wird mit keinem Wort sein politisches Handeln erwähnt, sondern nur indirekt die rassistische Verfolgung bezeichnet. Die Sprache erinnert an die des dritten Reiches: „Vater Hans N. wurde 1933 als Schriftleiter entlassen (Jude) ... gilt seitdem als verschollen“, oder für Wolfgang: „Natonek ist Halbjude und wurde am 31.4.1934 laut Ratsakt Nr. 1786 für staatenlos erklärt.“

Wolfgang Natonek kann 1938 noch das Abitur an der Leipziger Petri-Schule ablegen. Seine Zukunft ist ungewiss und im höchsten Maße gefährdet. Er schlägt sich durch, wird

zur Wehrmacht eingezogen und kurze Zeit später als „wehrunwürdig“ entlassen. 1944 versteckt er in der Autowerkstatt Wigand drei sowjetische Zwangsarbeiter. Der ersehnte Zusammenbruch 1945 eröffnet ihm eine Perspektive. Für das Wintersemester 1945/46 schreibt er sich in den Fächern Zeitungswissenschaften, Germanistik und Englisch ein. Die Universität wird aber im letzten Moment nicht wie geplant am 31. Oktober 1945 eröffnet, sondern erst am 5. Februar 1946. Die sowjetischen Militärbehörden bemängelten die angeblich zu schleppende Entnazifizierung und machten den noch unter den Amerikanern gewählten und bestätigten Rektor Bernhard Schweitzer dafür verantwortlich. Der neue Rektor Hans-Georg Gadamer sollte später ihre Erwartungen ebenso wenig erfüllen.

Natonek brachte sich vielfach in das neue politische Leben ein. Er wird Mitglied der LDP und gehört 1947, wie Manfred Gerlach, der spätere Staatsratsvorsitzende der DDR, dem Bezirksvorstand Leipzig und dem erweiterten Landesvorstand Sachsen der liberalen Partei an. Mit großer Mehrheit wird er im Februar 1946 zum Vorsitzenden des Studentenrates der Universität gewählt. In seiner klaren, überzeugenden Sprache konnte er komplizierte Inhalte mühelos vermitteln. Natonek wird als mitreißender, brillanter Redner, als politisches Urtalent beschrieben, und jeder, der ihn zur universitären Immatrikulationsfeier am 19. Oktober 1992 im Leipziger Gewandhaus gehört und gesehen hat, kann das bestätigen.

Natonek knüpfte an die Traditionen der Geschwister Scholl an und forderte im Februar 1948 von der damaligen Universitätsleitung ein Fünfjahresgedenken. Im Ergebnis ist später ein erhalten gebliebenes Bauwerk der Universität in der Ritterstraße nach den Geschwistern Scholl benannt worden.

Die Kommunisten versuchen alles, ihn auf ihre Seite zu bekommen. Als das nicht gelingt, wird systematisch gegen ihn und seine Anhänger gehetzt und verleumdet. Natonek bleibt souverän, geht nicht nach dem Westen. Schließlich verschwindet Wolfgang Natonek - es war der 11. November 1948 - wie so viele, die an einen demokratischen Anfang geglaubt haben, in der berüchtigten

sowjetischen Kommandantur in der Leipziger Windscheidstraße. Die Verhaftung erfolgt heimlich durch einen sowjetischen Offizier und einen deutschen Instrukteur vom Kriminalamt Leipzig, Kommissariat K5, der Vorgängerorganisation der berüchtigten Staatssicherheit der DDR. Die gemeinsame Wohnung von ihm und seiner Mutter wird durchsucht und „der im Zimmer N.'s stehende Fernsprechapparat abmontiert und dem sowjetischen Offizier übergeben.“ In einem Bericht der K 5 teilt der IM „Stephan“ 1952 mit, dass man „in internen Kreisen... Gerlach immer wieder mit der Verhaftung des Studentenrats-Vorsitzenden Natonek in Verbindung“ bringe, „indem man andeutet, dass Gerlach an der Verhaftung und Verurteilung des Natonek nicht unbeteiligt ist.“ Wolfgang Natonek wird von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Anklage erstreckt sich auf Spionage, Sabotage und Mitwisserschaft eines Verbrechens, begangen von einem Kommilitonen, das er nicht angezeigt habe. Hinter all diesen Vorwürden verbargen die Sowjetbehörden den eigentlichen Grund der Verhaftung: Wolfgang Natonek hatte über den Studentenrat zu viel politischen Einfluss gewonnen. Er war ihnen und noch mehr ihren kommunistischen deutschen Helfershelfern gefährlich geworden. Über die Haft berichtet Natonek später, dass er in verschiedenen Zuchthäusern gewesen sei, am längsten in Bautzen. „Im Zuge der Souveränität“, schreibt Natonek 1956, „der ‚humanistischen DDR‘ gingen von sowjetischen Militärtribunalen verurteilte Personen Ende 1954 in die Vollmacht der Staatssicherheitsorgane über.“ Die Bedingungen werden noch härter. Lediglich die medizinische und hygienische Betreuung verbessert sich.

Nach über sieben Jahren wird Wolfgang Natonek Ende Dezember 1955 aus der Haftanstalt Torgau entlassen, begnadigt mit der Auflage, Leipzig nicht verlassen zu dürfen. Wie bereits 1934 ist er wieder staatenlos. Über Berlin wählt er zusammen mit seiner Frau Christa den Weg in die Freiheit. In Göttingen vollendet er sein Studium, teilweise bei den gleichen akademischen Lehrern, die er aus Leipzig kannte. Für seinen poli-

tischen Mitgefangenen, den ehemaligen Berliner Jurastudenten Manfred Klein, wie Natonek gewählter Vertreter im Studentenrat und CDU-Mitglied, schreibt er Sätze, die auch auf ihn selbst zutreffen: „Von seinem Schicksal erzählen heißt nicht Hass säen, heißt nur, eine Wirklichkeit widerspiegeln. Sie zu verschwiegen wäre Wiederholung eines oft an uns gerügten Unrechts. Schon einmal galt die Entscheidung ...'Wir haben nichts davon gewusst', ein zweites Mal wäre sie Lüge des Gewissens und Leugnung der Verantwortung.“

Am 3. Oktober 2009 jährte sich der 90. Geburtstag von Wolfgang Natonek. Dazu ist rechtzeitig der aufschlussreiche Briefwechsel 1946-1962 zwischen Vater und Sohn erschienen. Die Jungliberalen wählten Natonek 1990 zu ihrem Ehrenpräsidenten. Der Freistaat Sachsen hat bei der schon genannten Immatrikulationsfeier Wolfgang Natonek 1992 mit dem Professorentitel geehrt. In seiner Dankesrede erinnerte er namentlich an die vielen, allzu vielen Opfer in den beiden deutschen Diktaturen. Wolfgang Natonek starb am 21. Januar 1994 in Göttingen. 1995 erfolgte auf Antrag von Christa Natonek seine Rehabilitation durch den Militärstaatsanwalt der russischen Föderation. Eine kleine Straße im Leipziger Norden erinnert an Vater und Sohn Natonek.



Der Autor

Professor Dr. Gerald Wiemers ist Historiker und Archiwissenschaftler. Seine Spezialgebiete sind Jugendwiderstand unter der SED-Diktatur sowie Wirken und Verfolgung jüdischer Wissenschaftler an der Universität Leipzig. Kürzlich erschien der sechste Band der Sächsischen Lebensbilder, für den Prof. Wiemers verantwortlich zeichnet.

Ein Leben für Recht und Demokratie

Zum Tod von Achim Beyer (1932 – 2009)

Ein Nachruf von Hans-Jürgen Grasemann

Politischen Widerstand gegen die stalinistische Diktatur, die ideologisch verbrämt mit der Bezeichnung „Diktatur des Proletariats“ den Eindruck zu vermitteln suchte, dem „Wohle des Volkes“ zu dienen, hat es zu allen Zeiten gegeben. Aktiven Widerstand leisteten meist einzelne Personen oder kleine Gruppen - hunderttausende wurden deshalb verfolgt, verhaftet und verurteilt. Dem Widerstand gegen das SED-Regime hat auch Achim Beyer ein Gesicht gegeben.

In Dresden 1932 geboren und in Werdau/Sachsen aufgewachsen, lernte Achim Beyer im „Deutschen Jungvolk“ marschieren und den Spruch „Führer befiehlt, wir folgen Dir“. Von den Gräueltaten der NS-Diktatur erfuhr er erst nach dem Kriegsende von Zeitzeugen, die im KZ überlebt hatten. „Nie wieder Krieg“, „Nie wieder Uniform“, „Nie wieder Diktatur“. Diese Auffassung teilte der junge Achim mit vielen seiner Generation. Als Mitglied der damals noch bedingt überparteilichen Freien Deutschen Jugend wurde er Funktionär in der Werdauer Oberschule. Die FDJ-Lieder sang er mit Begeisterung ebenso wie die der Jungen Gemeinde. Deren Abzeichen, das sogenannte Kugelkreuz, trug er zusammen mit dem der FDJ am Revers, was Fotos aus jener Zeit belegen.

Als 1948 der Werdauer Oberbürgermeister Gerhard Weck, der als Sozialdemokrat das KZ Buchenwald zusammen mit kommunistischen Schicksalsgefährten überlebt hat, verhaftet und in Bautzen

inhaftiert wurde und der politische Drill in der FDJ zunahm, wurde dem Schüler Beyer erstmals bewusst, dass die Politik auf eine neuerliche, eine „kommunistische“ Diktatur zusteuerte. Denn der Sozialdemokrat Weck war einer seiner politischen Lehrmeister.

Zur „antifaschistischen“ Erziehung in den Schulen der DDR gehörte es, im Unterricht den Widerstand der Geschwister Scholl gegen die Nazi-Diktatur zu behandeln. Bei der Lektüre der Münchner Flug-



Achim Beyer

blätter aus dem Jahre 1943 wurden Beyer und einigen seiner Mitschülerinnen und Mitschüler die Ähnlichkeit zwischen dem NS-Regime und dem Stalinismus von 1950 offenkundig: „Ein Austausch der Begriffe NSDAP gegen SED, „Hitlerjugend“ (HJ) gegen FDJ, Gestapo gegen Stasi drängte sich geradezu auf. Damit erschien der politische Widerstand gegen die NS-Diktatur

für uns in einem anderen Licht: Es ging nicht mehr nur um eine überwundene Vergangenheit - es ging auch um die gegenwärtige politische Entwicklung,“ schrieb Beyer später in seinem Buch „Urteil: 130 Jahre Zuchthaus. Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die ‚Werdauer Oberschüler‘ 1951“.

Zusammen mit Freunden und Schulkameraden wurde Achim Beyer Mitbegründer einer Widerstandsgruppe. Ihr Vorbild war die „Weiße Rose“. Ihre erste Aktion war die Herstellung und Verteilung eines Flugblatts gegen die Volkskammer-Wahl am 15. Oktober 1950. Der Text dieses ersten Flugblatts, mittels eines primitiven Handdruckkastens hergestellt, lautete:

„Wir alle sehnen uns nach Frieden, nach der Einheit Deutschlands in Freiheit. Weg mit den Volksverrättern, wählt mit NEIN!“

Weitere Flugblätter folgten:

„Fluch den SED-Henkern! Vorwärts! Der Freiheit entgegen!“

und

„Freiheit! Feindschaft dem Terror!“

Die Gruppe störte politische Veranstaltungen mit „Stinkbomben“ und beschädigte Plakate, die Stalin, Ulbricht, Pieck und Grotewohl zeigten.

Während einer Flugblattverteilung im Mai 1951 wurden zwei von Beyers Freunden verhaftet, wenige Tage danach die gesamte Widerstandsgruppe. Mit seiner

Inhaftierung kurz vor dem Abitur war der Bildungsweg des 18jährigen Achim Beyer beendet. In der Nacht des 4. Oktober 1951, am Tag seines 19. Geburtstags, wurde er wegen „staatsfeindlicher Tätigkeit“ zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Der 18 Jahre alte „Rädelsführer“ Joachim Gäbler erhielt 15 Jahre Zuchthaus, der 16jährige Karl-Heinz Eckardt 14 Jahre, sein Freund Gerhard Schneider 13 Jahre. Das unterste Strafmaß lag bei 2 Jahren. In dem vorher von Partei und Justiz festgelegten Prozessablauf, zu dem auch die Vorgabe der Strafhöhe und der gesetzwidrigen Nichtanwendung des Jugendstrafrechts gehörte, wurden nach nur wenigen Stunden Verhandlungsdauer vom Landgericht Zwickau insgesamt 130 Jahre Zuchthaus verhängt. Staatsanwaltschaft und Gericht warfen ihnen vor, sie hätten „klar zu erkennen gegeben, dass sie die Feinde des Friedenslagers der 800 Millionen friedliebender Menschen sind.“ Sie hätten „Hetzblätter“ und „Hetzparolen“ benutzt. Die Texte der Flugblätter wurden freilich verschwiegen und waren nicht Gegenstand der Beweisaufnahme.

Für Achim Beyer begann unter den menschenverachtenden Haftbedingungen Anfang der 50er Jahre die eigentliche Leidenszeit. Über seine Haftjahre bis zu seiner Entlassung im Oktober 1956 hat er später immer sehr zurückhaltend gesprochen, wohl wissend, dass man das Erlebte jenen, die diese Erfahrung nicht machen mussten, nicht annähernd berichten kann. „Man kann es nicht erzählen, aber man darf es auch nicht verschweigen“, hat ein Überlebender des Holocaust formuliert.

Dennoch hat die schwere Haftzeit Achim Beyer nicht gebrochen. Er floh nach seiner Entlassung in die Bundesrepublik, machte in Göttingen sein Abitur und studierte Volkswirtschaft in Erlangen. Richtungweisend für sein Leben wurde der Kontakt zu Professor Hans Lades, der aus der DDR kommende Studenten in deutschlandpolitische Bildungsarbeit integrieren wollte. Unter dem Namen „Collegium Po-

liticum“ wurde in Erlangen unter Mitwirkung Beyers eine politische Studentengruppe gegründet, die über mehrere Jahre sehr aktiv und so erfolgreich war, dass sie vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR observiert wurde.

Die wissenschaftlichen Analysen der als „Collegia Politica“ an vielen Universitäten und Hochschulen aktiven jungen Akademiker und deren mediales Echo haben Hans Lades schließlich zur Gründung des Instituts Gesellschaft und Wissenschaft in Mitteldeutschland

Freiheit“ vor Augen, gehörte er 25 Jahre dem Vorstand des Kuratoriums Unteilbares Deutschland in Erlangen an, überwiegend als Vorsitzender. In einem Spitzelbericht hat ihm das MfS bescheinigt, dass er „flexible antikommunistische Angriffe gegen die SED-Politik“ geführt habe.

Nach der Schließung des IGW, das wie viele andere Institutionen, die für die Deutsche Einheit eingetreten sind, nach der Wiedervereinigung „abgewickelt“ wurde, war Achim Beyer 1992 Frührentner.



Werdauer Oberschüler, Zwickau, 6. 10. 2008

(IGW) an der Universität Erlangen veranlasst. Nach seinem Examen 1963 wurde Achim Beyer Mitarbeiter dieses neuen Instituts zur wissenschaftlichen Untersuchung der DDR-Gesellschaft, das sich rasch zu einer anerkannten Forschungseinrichtung entwickelte und der Deutschland-Politik der Bundesregierung zuarbeitete.

Neben seiner Tätigkeit als Leiter des Bereichs Information und Dokumentation im „Lades-Institut“ engagierte sich Achim Beyer zunehmend in der Bildungsarbeit. Über den Politisch Akademischen Club (PAC), in dem sich Mitstreiter des Collegium Politicum nach ihrem Studium zusammenfanden, hielt er bundesweit Vorträge, schrieb Rundfunk- und Pressebeiträge und bereitete Schülerfahrten in die DDR in Bildungseinrichtungen thematisch vor. Mit dem Ziel der „Deutschen Einheit in

Fortan nutzte er seine Zeit, um mit wissenschaftlicher Akribie die Hintergründe der Verurteilung der Werdauer Oberschüler zu untersuchen, sie zu publizieren und als Zeitzeuge aufzutreten. Als 2007 Bundespräsident Horst Köhler im Schloss Bellvue eine Gesprächsrunde ins Leben rief, um Schüler mit Opfern der DDR-Diktatur zu konfrontieren und die junge Generation auf den breiten Widerstand gegen die Unterdrückung aufmerksam zu machen, war Achim Beyer als Zeitzeuge dabei. Für ihn war die Begegnung mit dem Bundespräsidenten ein Höhepunkt in seinem Leben. Er sah sich durch das Staatsoberhaupt in seinem Anliegen bestätigt und hat darüber immer wieder mit Stolz berichtet.

Mit Genugtuung hat Achim Beyer die Enthüllung einer Gedenktafel für die „Werdauer Oberschüler“ im Alexander-von-Humboldt-Gym-

nasium Werdau 1997 erlebt, die im Treppenhaus für alle Schüler sichtbar angebracht worden ist. Die Tafel, deren Blumenschmuck ständig erneuert wird, hat folgenden Wortlaut:

„Zum Gedenken an die 19 Jugendlichen, die am 3. Oktober 1951 im Prozess gegen `die Werdauer Oberschüler` von der SED-Justiz zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. In selbstgefertigten Flugblättern traten sie für die Einheit Deutschlands ein und protestierten gegen stalinistischen Terror“.

Eine weitere Gedenktafel befindet sich seit 2008 im Verhandlungssaal des Landgerichts Zwickau. Im Rahmen einer Feierstunde, zu der der Landgerichtspräsident Kränzlein die „Werdauer“ eingeladen hat, hat Achim Beyer mit dem Richter-tisch im Rücken zu den Freunden und Gästen gesprochen.

Zuletzt hat sich Achim Beyer als Vorstandsmitglied des BWV-Bayern im Kampf für Freiheit und Demokratie und gegen die kommunistische Diktatur enga-

giert. In FREIHEIT UND RECHT 3+4/2008 finden wir sein Vermächtnis:

„Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich, sondern müssen immer neu errungen und neu verteidigt werden: `Wer in der Demokratie schläft, darf sich nicht wundern, in einer Diktatur aufzuwachen!` Die Aufklärung über Entstehung und Charakter diktatorischer Systeme darf nicht nachlassen. Ganz aktuell notwendig ist die Abwehr von Nostalgie und von Lügen, Verharmlosungen, Verklärungen und Unwahrheiten über die kommunistisch-stalinistischen Diktaturen...“

Wie andere ehemalige politische Häftlinge der DDR hat sich auch Achim Beyer sein Leben lang als Zeitzeuge zur Verfügung gestellt. Geschont hat er sich nicht. Denn Zeitzeugen-Vorträge sind mental ungeheuer belastend, weil die traumatischen Erinnerungen an die schlimmen Jahre immer wieder aufkommen und die Alpträume danach belasten.

Der Tod seiner Frau 2007 hat ihm seine Lebenskraft genommen. Am

28. September 2009, sechs Tage vor seinem 77. Geburtstag, ist Achim Beyer verstorben. Seine engsten Freund Jochaim Gäbler und Gerhard Schneider hat er noch empfangen können.

Mit dem in der Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen erschienenen Buch „Urteil: 130 Jahre Zuchthaus. Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die `Werdauer Oberschüler` 1951“, das in 3. Auflage vorliegt, hat Achim Beyer seinen Freunden und Schulkameraden ein Denkmal gesetzt. Er bleibt nicht nur in Werdau unvergessen.

(Anm.: Achim Beyer kenne ich seit 40 Jahren. Wir waren gemeinsam in der deutschlandpolitischen Bildungsarbeit der Niedersächsischen Arbeitsgemeinschaft für Gesamtdeutsche Aufgaben (NAGA) tätig. Am 8./9. Mai 2009 traten wir das letzte Mal gemeinsam als Referenten auf dem Laufer Forum in Lauf a.d. Pegnitz auf. Niemand im Saal hat geahnt, dass er dort das letzte Mal war.)

Die Partisanen der DKP

Von Ernst Eichengrün

Was wir nachträglich aus der Geschichte der DDR erfahren, konnte uns nicht sonderlich überraschen. Es gab ja vieles, was man diesem Regime zutraute. Die Einzelheiten freilich schockierten immer wieder. Wer in der DDR partout keinen Unrechtsstaat erkennen will, will das meiste davon natürlich nicht wahrhaben.

Auch im Westen war die Stasi aktiv. Vor allem mit Spionage, aber auch durch das Wirken vieler Einfluss-Agenten in manchen Organisationen und Redaktionen. Doch es gab noch mehr Aktivitäten: So weiß jeder, der es überhaupt wissen will, dass die Stasi vor Entführungen nicht zurückschreckte, ja, auch nicht vor Auftragsmorden, wie dem an

dem geflüchteten Fußballer Lutz Eigendorf.

Doch was vor ein paar Monaten wieder an die Öffentlichkeit gelangte, nachdem es Jahre zuvor schon zweimal kurz publik geworden war, ist doch von neuer Qualität: Der Nachweis, dass die Stasi, von höchster Stelle abgesegnet, eine Partisanen-Truppe aus Kadern der DKP zusammengestellt und gründlich trainiert hatte. Die „Gruppe Ralf Forster“ wurde 1969 aufgestellt und hatte etwa 200 Mitglieder, die als „Schläfer“ in der Bundesrepublik lebten. Ihr Auftrag war es, im Ernstfall im Westen Sabotage-Akte zu verüben und auch Gegner zu ermorden. Ihre Bewaffnung bestand nicht nur aus Handfeuerwaffen, sondern

auch aus MGs, Panzerfäusten und Sprengstoff. „Die Ausbildung war intensiver als 15 Monate Bundeswehr“ gab ein früheres Mitglied zu Protokoll.

Diese Militärorganisation der DKP (Vorläufer gab es ja schon in der Weimarer Republik) war also kein Indianerspiel, sondern eine ernsthafte Angelegenheit, die sich die DDR viele Millionen Westmark kosten ließ. Die „Gruppe“ bestand bis 1989, auch für 1990 war schon ein Haushalt aufgestellt. Die Stasi-Unterlagen darüber zu vernichten, war nach der friedlichen Revolution eines der Hauptanliegen der bedrängten Machthaber – alles unter der Ägide des Ministerpräsidenten Modrow, des ach so honorigen und

von Lafontaine verehrten Aushängeschildes der PDS. Doch einiges konnte die Stasiunterlagen-Behörde wiederherstellen. Man versteht schon, warum manche heute die Akten schließen wollen!

So erstaunlich schon diese Enthüllungen waren, die die Rolle der DKP in ein neues Licht rückten, umso mehr muss erstaunen, dass daran heute kaum Schlussfolgerungen geknüpft werden, z.B. diese:

Der Radikalen-Erlass

Als die Bundesländer einmütig und im ausdrücklichen Einvernehmen mit Bundeskanzler Willy Brandt 1972 den Ministerpräsidentenerlass, besser bekannt als „Radikalen-Erlass“, verabschiedeten, schlugen die Wellen der Diskussion hoch. Dabei ging es nur um eine Selbstverständlichkeit: „Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt“ und „gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird.“

Neben der umstrittenen Frage der „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz, der Millionen Bewerber unterzogen worden waren und die schon bald abgeschafft wurde, spielte in dieser Diskussion aber auch eine Rolle, ob man denn wirklich bei jedem DKP-Mitglied Zweifel haben musste. Gerne wurde dabei auf das Beispiel eines „harmlosen“ Eisenbahners oder eines Briefträgers verwiesen, von denen nun doch wirklich keine Gefahr ausgehen könne. Dabei übersah man geflissentlich, welche Sabotagemöglichkeiten gerade ein Eisenbahner haben konnte: Eine falsch gestellte Weiche oder ein provoziertes Unfall hätten ganze Hauptstrecken blockiert. Und auch der Briefträger konnte im Spannungsfall Gestellungsbefehle unterschlagen oder aus ihnen wichtige Informationen gewinnen.

Doch so etwas trauten viele einem DKP-Mitglied einfach nicht zu, denn das waren für manche eben nur die netten, engagierten Leute von neben an, die allenfalls einige eigenartige Ideen hatten. Vielleicht

sollten die Verharmloser von damals sich heute nachträglich fragen, ob es darunter nicht auch Mitglieder der Partisanen-Organisation gab.

Die Aktionseinheit mit der DKP

Die „eigenartigen Ideen“ dieser Kommunisten wurden aber von vielen nicht nur unter einem ins Unendliche erweiterten und so ins Absurde verzerrten Toleranzbegriff hingegenommen, sondern es gab leider auch etliche, die diese Ideen als gar nicht so eigenartig empfanden: Sie teilten sie ansatzweise oder sie stellten Unterschiede zurück, um sich auf den



Der Autor

Ernst Eichengrün, Königswinter, war u. a. Bundessekretär der Jungsozialisten 1967–69, später Vizepräsident des Gesamtdeutschen Instituts, anschließend Mitarbeiter des Bundesarchivs.

Kampf für die gemeinsamen Ziele zu konzentrieren, seien sie gesellschaftspolitisch oder friedenspolitisch. Wenn es um den Primat der Erhaltung des Friedens ging, dann - so meinten viele allzu leicht Verführbare - war jeder Bundesgenosse recht.

So entstand die Bereitschaft zur Aktionseinheit mit der DKP und ihren Frontorganisationen. Dabei spielte es keine Rolle, ob eine Aktion von den Kommunisten initiiert oder

„nur“ mitgetragen wurde. Vielen machte es sogar Spaß, das Tabu der Zusammenarbeit mit Kommunisten zu brechen. Dass so etwas der Politik der Kommunisten in die Hände spielte, dass solche Aktionen bei den Machthabern im Osten die Illusion nährte, der Westen sei von innen her zu schwächen oder gar zu erobern, das wollten diese Bündnisfreunde nicht wahrhaben.

Wer diese Bündnispolitik kritisierte, dem wurde „primitiver Antikommunismus“ vorgeworfen, was gerade bei herkömmlichen, also unpolitischen Schöngeistern wirkte. Auf ähnlicher Linie semantischer Manipulation lag – und liegt bis heute – der Vorwurf der „Berührungsängste“ – ein völlig unpolitisches Argument, das verschleiern sollte, dass es tatsächlich um die Gewinnung „nützlicher Idioten“ – so der interne Sprachgebrauch in der für „Westarbeit“ zuständigen Abteilung beim ZK der SED – ging. Auch die damals oft aufgestellte und vielfach sogar belegte These einer kommunistischen Unterwanderung wurde als lächerlich abgetan. Nach 1990 wurde das ganze Ausmaß dieser Unterwanderung offenkundig. Jeder hätte es ahnen und teilweise wissen können.

Was damals schon allzu offensichtlich war und später aus den DDR-Akten belegt wurde, nämlich, dass viele „Bündnis“-Aktionen von der DDR gefördert und teilweise auch gelenkt wurden, weil sie eben im Interesse der SED waren, hat kaum einen der aktionsbereiten Verharmloser hier im Westen gestört. Jeder konnte es ahnen, wollte es aber nicht wissen. Hauptsache, man kämpfte gegen den gemeinsamen Feind und für den Frieden!

Spätestens heute müsste man es besser wissen: Vielleicht hatte der, der damals neben einem mitmarschierte, schon seinen geheimen Einsatzbefehl in der Tasche? Doch wer von den damaligen Aktivisten ist schon zu dieser späten Einsicht und der an sich fälligen öffentlichen Selbstkritik fähig? Nein, es war doch so schön, so aufregend, das romantische Erlebnis der gemeinsamen Aktion. Dass dabei die Sicherheit des eigenen Staates fahrlässig aufs Spiel gesetzt wurde, wollen viele heute noch nicht zugeben.

Die Rolle der DKP heute

Es ist kaum anzunehmen, dass die damalige Führung der DKP nichts von der Guerilla-Truppe in ihren Reihen wusste. Irgendwer in der DKP musste ja die Freiwilligen rekrutieren. Und viele andere Kommunisten hätten im Ernstfall nur allzu bereitwillig dieser Fünften Kolonne geholfen.

Dass sich die Linkspartei (die zu treffender als „Linksaußenpartei“ bezeichnen werden sollte) heute

im Westen auch auf die Kader der DKP stützt, ist offenkundig. Man braucht nur manche Kandidatenliste durchzugehen. Das neue Programm der Linksaußenpartei lässt noch auf sich warten. Aus gutem Grund, denn der Klärungsprozess steht noch aus. Wer sich auf eine Koalition mit dieser Linksaußenpartei oder auf Absprachen mit ihr einlässt, kauft die DKP praktisch gleich mit. Und etliche chaotische linksextremistische Splittergruppen dazu.

Ob sich mancher Koalitionswillige zumindest jetzt daran stört, welchen „Kampfauftrag“ Teile der DKP damals hatten? Ob er sich jetzt fragt, wer von den ersehnten Partnern vielleicht auch zur „Gruppe Ralf Forster“ gehörte? Ich fürchte nicht, denn das wären ja schon wieder „Berührungsängste“ und „primitiver Antikommunismus“! Und: Vermeintlicher Machtzuwachs ist einigen eben wichtiger als Klarheit zugunsten der eigenen Grundwerte.

Weg nach Harro Schulze-Boysen in Kiel benannt

Die Stadt Kiel hat am 26. November 2009 einen Weg nach dem Mitbegründer der Widerstandsbewegung „Rote Kapelle“ benannt.

Harro Schulze-Boysen wurde am 2. September 1909 in Kiel geboren. Hier verbrachte er die ersten beiden Lebensjahre. Seine Jugend verlebte er in Duisburg, studierte in Freiburg und Berlin Rechtswissenschaften. In Berlin war er Redakteur der Zeitschrift „Die Gegner“, die 1933 von den Nationalsozialisten verboten wurde. Schulze-Boysen wurde daraufhin von der SA verhaftet und gefoltert. Auch als er von 1934 an in der Nachrichtenabteilung des Reichsluftfahrtministeriums in Berlin arbeitete, behielt er seine oppositionelle Haltung zum Naziregime bei. Mitte der Dreißiger Jahre bildeten sich um ihn herum Widerstandskreise, denen sich in den folgenden Jahren über hundert Gegner des NS-Regimes ganz unterschiedlicher sozialer und weltanschaulicher Herkunft anschlossen. Die

Gestapo ermittelte im Sommer 1942 unter dem Sammelnamen „Rote Kapelle“ gegen sie und bezeichnete sie als Spionageorganisation der Sowjetunion.

Im August und September 1942 wurden mehr als 130 Personen verhaftet, die in der Nähe zu den Widerstandskreisen um Schulze-Boysen standen. Darunter auch Harro Schulze-Boysen und seine Ehefrau, die den Widerstand ihres Mannes unterstützte. Am 22. Dezember 1942 wurde Harro Schulze-Boysen in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Seit 10 Jahren erinnert eine Gedenktafel an seinem Geburtshaus in Kiel an ihn.

Die Organisation um Schulze-Boysen zählt zu den bedeutendsten Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus. Mit der Benennung



Harro Schulze-Boysen.
Foto: Wikimedia / Archiv
I. M. Bondarenko



Foto: Archiv BVN Schleswig-Holstein.

eines Weges nach ihm wurde nunmehr in Kiel die Grundlage dafür geschaffen, die Erinnerung an Harro Schulze-Boysen wachzuhalten, um auch seinen Mut und seinen selbstlosen Kampf gegen den Nationalsozialismus zu würdigen.

Christel Jansen
1. Vorsitzende des BVN-Schleswig-Holstein

Aus dem BWV-Bayern

Max Mannheimer wurde 90

Zum runden Geburtstag herzlich gratuliert hat der Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) seinem Ehrenvorsitzenden Dr. h.c. Max Mannheimer. Am 6. Februar 1920 in der Tschechoslowakei geboren, wurde er 1943 von den Machtorganen des NS-Staates ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert, wo seine gesamte Familie – mit Ausnahme von ihm selbst und seinem jüngeren Bruder – entsprechend dem nationalsozialistischen Programm der Judenvernichtung umgebracht wurde. Er wurde als Arbeitssklave, „Arbeitsjude“ im nationalsozialistischen Sprachgebrauch, „aussortiert“ und zunächst im besetzten Polen eingesetzt. Im

Sommer 1944 wurde er zum Konzentrationslager Dachau „überstellt“. Im Außenlager Mühldorf musste er Schwerstarbeit in einer Weise leisten, die viele Häftlinge nicht überstanden. Schließlich, am 30. April 1945, kam für Max Mannheimer der Tag der Befreiung: Amerikanische Truppen erreichten die nahe dem Westufer des Starnberger Sees entlang führende Bahn-



Max Mannheimer.

Foto: Lohmann

linie und mit ihr einen bei Tutzing von geflohenen SS-Leuten stehen gelassenen Güterzug mit Dachauer KZ-Häftlingen, in dem sich auch Max Mannheimer befand.

Niemals, so hatte es damals für Max Mannheimer festgestanden, wollte er wieder nach Deutschland kommen. Doch dann lernte er eine junge Münchnerin kennen. Aus einer politisch entschieden widerständigen

Familie stammend war sie als ganz junges Mädchen bereits selbst im Widerstand gewesen und fest davon überzeugt, dass es mit dem braunen Horror endgültig vorbei sei. Sie war sich so sicher, dass die Deutschen nun eine starke Demokratie aufbauen werden, dass Max Mannheimer davon nicht unberührt blieb. Die beiden gründeten in München eine Familie, die heute bis in die Urenkelgeneration reicht. Im Glückwunschschreiben des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V. zitiert Vorsitzender Bertold Kamm George Santayana: „Wer sich des Vergangenen nicht erinnert, ist dazu verurteilt, es noch einmal zu erleben.“

Kamm kommentiert, dass dies schon deshalb nicht eintreten werde, da „Überlebende wie Du eine unermüdliche und eindrucksvolle Erinnerungsarbeit leisten. Über unsere Heimat hinaus erfährst Du höchste Anerkennung als Vorsitzender der Internationalen Lagergemeinschaft Dachau. Wir sind tief in Deiner Dankesschuld für diese einmalige, herausragende Arbeit.“

Freiheit und Humanität

Zwischen der Demokratie und ihren Feinden jedweder Couleur verläuft die zentrale politische Frontlinie

Bericht über die gemeinsame Tagung der Akademie für Politische Bildung Tutzing und des Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) e.V.: „Die Opfer der SED-Diktatur in der demokratischen Gesellschaft heute“ vom 13. bis 15. November 2009 in Tutzing.

Von Stefan Köppl

Dass der zentrale politische Frontenverlauf zwischen Demokratie und Antidemokratie stattfindet, dem mögen die Befürworter freier Demokratie kaum widersprechen. Aber es fehlt noch das Fleisch am Gerippe. Die Erfahrung der Diktatur von ihrer grausamsten Seite können Opfer vermitteln, die viele Jahre in Zuchthäusern und Lagern zugebracht haben. So standen die Erlebnisse der Opfer der SBZ/DDR-Diktatur sowie Formen und Zielrichtung der Aufarbeitung dieser Vergangenheit im Mittelpunkt der Vorträge und Diskussionen – nicht nur ein Thema der Vergangenheit, sondern der Gegenwart, wie Referenten und Teilnehmer gleichsam betonten.

Horst Schüler, Vorsitzender der deutschen Lagergemeinschaft Workuta/GULag, nahm die Hindernisse für die Aufarbeitung aus Sicht der Opferverbände in den Blick: Ein großes Problem sei das Ausspielen der Opfer beider deutscher Diktaturen gegeneinander, so dass die Opfer des Nationalsozialismus instrumentalisiert würden, um die des Kommunismus vergessen zu machen. Dabei wandte sich Schüler ebenso gegen jedes Aufrechnen wie gegen jede „Opferhierarchie“. Die Irrtümer einiger westlicher Beobachter bei der Einschätzung der DDR zur Zeit ihres Bestehens sowie das allgemein mangelnde Wissen über den „real existierenden Sozialismus“, nicht nur bei Jugendlichen, hätten zur Folge, dass der Diktaturcharakter der DDR nicht nur in Frage gestellt, sondern so-

gar verneint werde. Auch kämen machttaktische Gesichtspunkte hinzu, wenn die SPD auf Koalitionen mit den Nachfolgern der SED setze; dies mache eine Aufarbeitung der Vergangenheit nicht opportun. Doch ginge es laut Schüler nicht allein um die Opfer der SED-Diktatur, sondern um die Verteidigung der Demokratie durch eine Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie insgesamt. Hier aber seien die Sehnsüchte nach dem Guten im Kommunismus nach wie vor stark, weshalb die Opfer als unschöne Entgleisungen gerne ausgeblendet oder allein dem Stalinismus zugeschoben würden.

Dieser Problemdiagnose schloss sich auch der ehemalige Bürgerrechtler Stephan Hilsberg (Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei (SDP) in der DDR des Sommers 1989 und langjähriger Bundestagsabgeordneter) weitgehend an. Anstatt der Opfer stünden meist die Täter im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, wobei deren Taten, etwa als IM für die Stasi, größtenteils bagatellisiert würden, insbesondere bei Politikern der Partei „Die Linke“, die gar Verständnis dafür einforderten. Wer dies nicht aufbringe, gerate dann oft selbst in die Kritik: „Was hier passiert, ist Schuldumkehr.“ Verzeihung und Versöhnung seien zwar zu erstreben, doch dürfe das nicht zu Lasten der Opfer gehen und gleichsam einseitig von ehemaligen Tätern verordnet werden. Vor diesem Hintergrund sei auch die



Der Autor

Stefan Köppl ist Politikwissenschaftler und Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Akademie für Politische Bildung, Tutzing.

Regierungsbeteiligung der Linken in Brandenburg unter dem „Etikett der Verzeihung“ zu kritisieren. Statt solcher Verbrämung von machttaktischen Manövern seien mehr Klarheit, Offenheit und Aufklärung im Umgang mit dem totalitären Denken im SED-Staat von Nöten, denn dieses habe den Menschen die Möglichkeit zur Selbstbestimmung abgesprochen. Wenn man also den Wert der Freiheit als Grundlage der Demokratie verdeutlichen wolle, so komme man um die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur nicht herum.

Wie wertvoll die Schilderungen von Zeitzeugen für die Aufarbeitung totalitärer Verbrechen sind, illustrierten die Vorträge von Michael Schlosser, Horst Hennig und Werner Gumpel. Schlosser, der mit einem selbstgebauten Flugzeug aus der DDR fliehen wollte, berichtete von den Verhören, nachdem sein Plan entdeckt worden war, von der Haft in Bautzen und von der Verfolgung durch das Regime bis lange nach seiner Ausreise in die Bundesrepublik.

Der Mediziner Horst Hennig, der 1950 wegen angeblicher konterrevolutionärer Aktivitäten festgenommen wurde, schilderte ausführlich die Verhörmethoden, die mit einem breiten Instrumentarium psychischer und physischer Folter arbeiteten. Die psychologischen Folgeschäden, an denen die Opfer noch nach Jahrzehnten leiden, seien nach wie vor viel zu wenig bekannt und anerkannt. So müssten die Opfer heute immer noch hart um Anerkennung kämpfen, da etwa bei Behörden ohne entsprechende Hintergrundkenntnisse über ihre Fälle entschieden werde.

Professor Gumpel berichtete detailliert von seinen Erlebnissen im sibirischen Gefangenenlager Workuta, die durch den Doppelcharakter des Lagers geprägt waren. Neben dem Terror gegen politisch Unbequeme hatte der GULag auch eine wirtschaftliche Funktion: „Man brauchte Arbeitssklaven“. So hätten die klimatischen, Haft- und Arbeitsbedingungen in ihrer Unmenschlichkeit die Häftlinge zu Sklaven degradiert.

Mike Schmeitzner vom Dresdner Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung ergänzte die Zeitzeugenberichte mit Ergebnissen aus einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit der deutsch-russischen Historikerkommission über die Urteile der Sowjetischen Militärtribunale in der SBZ und in der frühen DDR: Sowohl in der Gesamtschau als auch in der Betrachtung von einzelnen Schicksalen werde hier deutlich, dass die Gerichte als Mittel des politischen Kampfes missbraucht wurden, so dass sich unter den Verurteilten vor allem politisch Verfolgte fanden. Die Tribunale seien eng mit den Geheimdiensten verknüpft gewesen, die das meist extrem hohe Strafmaß größtenteils im Vorhinein festlegten. Auch Schmeitzner stellte für den von ihm untersuchten Bereich fest, dass die Aufarbeitung noch defizitär sei und stattdessen Verdrängung, vor allem aus politischen Opportunitätsgründen, vorherrsche.

Hans-Jürgen Grasemann, Vorsitzender des Zentralverbandes De-

mokratischer Widerstandskämpfer- und Verfolgtenorganisationen, wandte sich der Frage nach einer zukunftsgerichteten Erinnerungsarbeit zu. Wichtigste Herausforderung sei hierbei, gerade Jüngere für die Thematik zu sensibilisieren, wobei Zeitzeugen und authentische Gedenkstätten wie etwa Hohenschönhausen und Bautzen größere Wirkung entfalten könnten als abstrakte Opferzahlen. Die Demokratie müsse ein Gedächtnis haben, aber ohne kontraproduktive Penetranz. Man solle erstens wissen, was geschehen ist, dieses zweitens auch klar werten, also auch Unrecht ungeschminkt als solches benennen, drittens Mitgefühl mit den Opfern haben und viertens als Konsequenz die Demokratie positiv wollen. Zentral sei es, den Opfern gerecht zu werden und sensibel zu bleiben gegen jede Anfeindung der Demokratie, egal von welcher Seite.

Die kombinierte Aufarbeitung der beiden deutschen Diktaturen war Gegenstand einer Podiumsdiskussion zwischen den Referenten Schüler, Schmeitzner und Grasemann sowie dem Vorsitzenden der Lagergemeinschaft Dachau, Max Mannheimer. Deutlich wurden hier die Fallstricke des Vergleichs, wobei vergleichen nicht gleichsetzen bedeuten könne. Besonders augenfällig sei die Problematik an Orten mit „doppelter“, also nationalsozialistischer und kommunistischer, Vergangenheit. Konsens herrschte darüber, dass es weder Aufrechnungen noch Opfer „zweiter Klasse“ geben dürfe. Auch sei die zentrale Front diejenige zwischen der Demokratie und ihren Feinden. Mannheimer betonte hierbei zwar die wesentlichen Unterschiede zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus und die daher rührenden Probleme einer kombinierten Aufarbeitung, richtete aber gleichwohl seinen Appell an die Opfer aller Diktaturen, von ihren Erlebnissen vor allem in Schulen zu erzählen. Dies sei die beste Methode, Wiederholungen zu verhindern.

Über die subtilen Methoden, mit denen das SED-Regime einen kritischen Schriftsteller unter Druck

setzte und schließlich zur Ausreise zwang, berichtete aus eigener Erfahrung Reiner Kunze. Dass aber manche Kreise in der Bundesrepublik mit der Ausgrenzung Kunzes nahtlos an dessen Erlebnisse in der DDR anknüpften, warf ein besonderes Licht auf die Probleme der Aufarbeitung, die schon zu Beginn der Tagung im Fokus gestanden hatten: Im Westen verschlossen viele die Augen vor dem Charakter des SED-Regimes und diskreditierten eher die Dissidenten, die ihnen diesen Charakter vor Augen führten. Am Ende traf sich der Schlusspunkt von Kunzes Vortrag exakt wortgleich mit dem, was Mannheimer nur kurz zuvor als Lehre aus seinen Erfahrungen formuliert hatte: Freiheit und Humanität!

Bertold Kamm als Vorsitzender des BWV-Bayern im Amt bestätigt



Auf seiner Mitgliederversammlung am 15. November 2009 hat der Bund Widerstand und Verfolgung (BWV-Bayern) erneut den früheren Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags Bertold Kamm zu seinem Vorsitzenden gewählt. Kamm hat das Amt seit 2005 inne. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe.

Ilko-Sascha Kowalczyk:

Die 101 wichtigsten Fragen – DDR

München (C.H.Beck) 2009, 156 S., 9,95 €

Das leitende Motiv: Freiheit versus Unfreiheit

Es scheint zu den schwer ausrottbaren Schwächen demokratischer Systeme zu gehören, dass überwundenen Diktaturen in ihnen ein langes mentales Nachleben vergönnt ist. Dass man es nachher nicht mehr so genau wissen will, liegt nicht nur, aber auch, an den Tätern und früheren Protagonisten. Öffentliches Beschweigen fördert deren oft subtil und unterschwellig wirkende Legenden. Dagegen hilft in Sachen DDR Basiswissen für jene, „die nicht sonderlich viel von dieser Geschichte wissen, aber wissen wollten und einen ersten Einstieg suchen. Zentral ist dabei nicht die Frage, ob etwas ‚gut‘ oder ‚schlecht‘ war. Das leitende Motiv ist Freiheit versus Unfreiheit, ‚frei‘ und ‚unfrei‘“ (S.12). Wohl nicht zufällig hat der Historiker und Mitarbeiter der BStU Ilko-Sascha Kowalczyk die Antwort auf 101 Fragen Karl-Wilhelm Fricke gewidmet. Sein Buch hebt sich angenehm von Produkten ab, die über angeblich verpasste Chancen eines verbesserlichen Sozialismus oder der vermeintlich guten Idee glatt die Grundfrage Demokratie vs. Diktatur vergessen. Es gab keinen „Dritten Weg“, die DDR konnte nicht ein bisschen Diktatur und Unrechtsstaat sein und vielleicht ein bisschen auch wieder nicht, sondern sie war beides.

Das faktenreiche und flott geschriebene Bändchen mit den nötigen Basisinformation zur „Fußnote der Geschichte“ DDR erteilt zu allen entscheidenden Facetten Auskunft, wie eine „zur Staatsgewalt gewordene Ideologie eine Gesellschaft deformieren“ (S.11) konnte. Neun Themenblöcke gewährleisten den Zugriff: Gründung der DDR (9 Fragen) / Ideologie und Herrschaftssystem (15) / die DDR in Deutschland und der Welt (9) / Wirtschafts- und Sozialpolitik (10) / Alltag (12) / Kunst, Kultur, Sport (12) / Kirchen, Widerstand, Verfolgung (8) / Revolution und Wiedervereinigung (11) / Nachleben (6). 20 Jahre nach 1989 ist es ganz augenscheinlich notwendig zu erklären, was „antiimperialistische Solidarität“ bedeutete,

wie das Regime die Bevölkerung zumindest teilweise und vorübergehend an sich binden konnte, wie es sich mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verhielt, was das „Grau der DDR“ und die dazu gehörende Umweltzerstörung in der täglichen Erfahrung bedeuteten. „Umwelt ist mehr als tote Wälder, marode Abwassersysteme, verseuchte Böden, gesperrte Badeseen, stinkende Luft – unerträglicher Gestank gehörte in vielen Gebieten zur DDR-Duftmarke.“ Das alles kann man zwanzig Jahre danach nicht mehr sinnlich erfahren, die Katastrophe nicht mehr schmecken, riechen und fühlen, weshalb sie allmählich in Vergessenheit gerät. Und zu ihr gehört mehr: „Umwelt im weiteren Sinne ist die gesamte Umgebung des Menschen. Und die sah nicht besser aus: Der flächendeckende Zerfall der Altbausubstanz, der raue, harsche Ton in den Amtsstuben, die mannigfachen Versorgungsprobleme“ (S.78). Viel prägender mag so etwas gewesen sein als stete Drohung durch die Staatssicherheit und die penetrante SED-Propaganda. Und gegen das Bild von der Nischengesellschaft, der solidarischen Idylle mit ihren umfassenden Sozialleistungen sind die Fakten über die erbärmlichen Renten, das im wörtlichen Sinne bisweilen tödliche Gesundheitssystem und die Bevorzugung des Nomenklatura-Nachwuchses im Bildungssystem eindruckliche Lehrstücke. Paradoxien und Absurditäten des SED-Regimes hat Kowalczyk mit hintergründiger Ironie aufgespießt, so die Jagd nach Westgeld mit der Anzeige: Biete sieben Kilo Aluminium für ein Kilo Kupfer als Andeutung für den Wechselkurs. Der Preis für die fehlgesteuerten „sozialen Wohltaten“ war „eine abgehängte Wirtschaft, weil dringend benötigte Investitionsmittel in die Sozialpolitik umgeleitet wurden, so dass schließlich die Wirtschaft zugrunde ging und die Sozialpolitik nicht mehr finanziert werden konnte“ (S.76). Solche Zusammenhänge sind (leider) bis heute für die politische Bildung mehr als aktuell, wenn man die fast gleich konstruierten Versprechungen „sozialer Gerechtigkeit“ liest, die heute von den Wiedergängern der SED ausgesendet werden. Mit dem handigen und plakative Fakten ebenso wie eingängige Beispiele vorhaltenden Büchlein kann man DDR-Nostalgiker vor jedem halbwegs neutralen Publikum mühelos entwaffnen. Das dürfte für die alltägliche Auseinandersetzung wichtiger werden, als manchem heute bewusst ist.

Rudolf van Hüllen